

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2012



**Nord-Korea: „Der ewige Präsident“**

**Gefährliche Bücher, Teil 2**

**Durchgangsheime in der DDR**

## Inhalt

### Aktuell

- 3 Aufarbeiten und entschädigen  
Opferrente für Zwangsausgesiedelte gefordert  
Enquete-Kommission vor 20 Jahren  
UOKG gesprächsbereit  
Umbau und Sanierung

### Recht

- 4 Berufliche Reha – Defizite bei Übersiedlern  
Ansprachpartner

### International

- 5 Der ewige Präsident  
18 Monate Haft für Slogan

### Aufarbeitung

- 6 Gefährliche Bücher, Teil 2

### Interview

- 8 Nur ein Kollateralschaden?

### Berichte

- 9 Kinder - zwischengelagert
- 10 Arbeitszwang in der DDR
- 11 Ich hatte einen Traum...
- 12 Ihre Namen sind genannt
- 13 Minimalkonsens steht noch aus
- 14 Weit ist der Weg nach Waldheim

### Verbände

- 15 17. Juni  
Zwangsarbeit  
Neuer Vorstand  
Vormerken  
Gedenken an Zwangsaussiedlung  
Wichtige Termine

### Service/Bücher

- 16 Als der Kalte Krieg am kältesten war  
Vom Fußballplatz zum Pritschenplatz
- 17 Das Jahrhundert der Lager  
Religion statt Ideologie?
- 18 Im Netz gefangen  
Mein Leben so tot
- 19 Im Widerspruch

### Service/Veranstaltungen

17–19

### Umschlagbild:

Am 12. Mai im Rahmen des 16. Bundeskongresses der Landesbeauftragten und der Bundesstiftung Aufarbeitung mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen: Ein Bläserquintett begleitet im heutigen Museumspark Rüdersdorf die Gedenkveranstaltung für die Opfer von Zwangsarbeit in SBZ und DDR.

Foto: N. Radlitz

# Laßt die Kerkerblume blühen!

## Der Dachverband der kommunistisch Verfolgten wird 20 Jahre alt

Von Rainer Wagner

In diesem Jahr begeht die UOKG am 17. Juni, neben dem Gedenken des DDR-Volksaufstandes von 1953, auch den 20. Jahrestag ihrer Gründung. Die Arbeiter vom 17. Juni 1953 gingen mit der Forderung „Wir wollen freie Menschen sein“ an die Öffentlichkeit. Sie legten acht Jahre nach dem Untergang des barbarischen Nazi-Regimes und mitten im stalinistischen Terror der Ulbrichts, Grotewohls, Benjamins und ihrer Genossen ein mutiges Zeugnis für Einigkeit, Recht und Freiheit ab. Viele von ihnen bezahlten ihr Bekenntnis mit dem Leben oder jahrelanger Gefängnishaft. Erst mit dem Sieg der Friedlichen Revolution von 1989 war ihr Ziel erreicht. Es konnte ein geeintes, der Demokratie verpflichtetes Deutschland entstehen. Freiheit, Recht und Einheit sind heute Wirklichkeit, das ist die größte Genugtuung für die mutigen Frauen und Männer vom 17. Juni 1953.


„Die Freiheitsliebe ist eine Kerkerblume und erst im Gefängnis fühlt man den Wert der Freiheit“, stellte schon Heinrich Heine fest. Heute ist der Traum der politischen Häftlinge in den Lagern und Zuchthäusern von SBZ und DDR Alltag geworden. Wie in mancher Ehe die Routine eine gewisse Abkühlung der Leidenschaft mit sich bringt, so ist auch die Freiheitsliebe vieler Zeitgenossen dem Alltagstrott zum Opfer gefallen. Damit der Wert der Freiheit nicht vergessen wird, haben Lagergemeinschaften, Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vor 20 Jahren die UOKG gegründet. Sie war und ist eine gemeinsame Stimme der ehemals Verfolgten. Innerhalb ihrer Mitgliedsverbände und zwischen einzelnen Betroffenen gibt es natürlich unterschiedliche Sichtweisen in manchen Fragen. Doch das gemeinsame Ziel, nämlich den Wert der Freiheit aufgrund unserer Erfahrung der Unfreiheit zu bezeugen, hält uns zusammen.

Der Kampf des Dachverbandes gegen das Vergessen, mit dem vergangenes Unrecht von Opportunisten und einstigen Mitläu-

fern zugedeckt werden sollte, war nicht immer leicht. Unsere Aufgabe bleibt es, durch Erinnerungsarbeit den Wert der Freiheit immer wieder neu bewußt zu machen, ob mit Mahnmalen, von Zeitzeugen getragenen Gedenkstätten, Straßenenennungen nach Freiheitskämpfern, ob mit öffentlichem Gedenken, Veranstaltungen zu Themen der Aufarbeitung oder anderer Öffentlichkeitsarbeit.

Es gilt, uns von Bürokratie und manch gleichgültigem Politiker und Entscheidungsträger eine gerechte Opferentschädigung zu erstreiten. Bitter und peinlich, wenn die Opferrente, die nichts weiter ist als eine Sozialleistung für ehemalige Häftlinge, Ehrenpension genannt wird. In den 20 Jahren ihres Bestehens konnte die UOKG viele Ziele erreichen, doch viele stehen noch aus. Die Schwächen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze treten immer deutlicher zutage. Nachbesserung ist unverzichtbar. Ganze Opfergruppen sind noch ausgegrenzt, auch die zwangsdeportierten Frauen wurden trotz unserer nachdrücklichen Forderungen bisher ignoriert. Ungerechtigkeiten, wie die Rentenkürzungen der DDR-Flüchtlinge, müssen behoben werden.

Vor allem aber sind wir es der Gesellschaft schuldig, ihre Liebe zur Freiheit immer wieder anzufachen. Wer sie nicht zu schätzen weiß, kann schnell dazu verführt werden, „Wege zum Kommunismus“ zu suchen. Demokraten sind der Freiheit, die auch verschiedene Meinungen zuläßt, verpflichtet. Wir sind keine Einheitspartei. Aber wir dürfen uns auch nicht durch persönliche Animositäten und Rivalitäten entzweien lassen. Dann verlieren wir unsere Kraft, und dieses Geschenk wollen wir keinem unserer politischen Gegner machen!

Zwanzig Jahre Arbeit und Kampf liegen hinter uns. Und noch ist es nicht genug. Wenn wir für die Freiheit nicht weitergehen, wer tut es dann? 

## Aufarbeiten und entschädigen

(lp) Wie die Nachrichtenagentur epd berichtete, hat sich der sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Lutz Rathenow, am Rande des 16. Kongresses der Landesbeauftragten, der Stiftung Aufarbeitung und der Opferverbände in Erkner für eine Untersuchungskommission zur Aufarbeitung der Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen und Entschädigung der betroffenen Häftlinge ausgesprochen. Die Arbeitsbedingungen der Gefangenen seien teilweise „äußerst entwürdigend und gesundheitsgefährdend“ gewesen.

Rathenow empfahl zunächst einen Runden Tisch. Zur Höhe einer Entschädigung sagte er, daß diese zwar immer nur sym-

bolisch sein könne, aber es gebe Beispiele wie den Fonds für ehemalige Heimkinder oder die Zahlungen an NS-Zwangsarbeiter. In seiner Arbeit habe er festgestellt, daß auch kleine Summen helfen würden. Bei vielen Betroffenen gehe es um Armutsbekämpfung.

Zum derzeit aktuellen Thema des Profitierens westlicher Firmen von DDR-Haftzwangsarbeit erklärte der Landesbeauftragte, die Debatte hätte auch einen Bezug zur Gegenwart. Es stehe die Frage im Raum, inwieweit Firmen durch billige Produktionskosten in Staaten wie z.B. China oder Weißrußland heute Gewinne machten, wo der Einsatz von Zwangsarbeitern nicht auszuschließen sei.

## Opferrente für Zwangsausgesiedelte gefordert

(wo) Der Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, Sascha Möbius, hat eine Opferrente für Zwangsausgesiedelte aus dem DDR-Grenzgebiet gefordert. Anlässlich des 60. Jahrestages des Grenzausbau-Beginns sagte Möbius dem Sender MDR, daß damals rund 8300 Menschen zwangsumgesiedelt wurden. Viele Betroffene seien noch heute traumatisiert. Deshalb sei es ihm ein besonderes Anliegen, mit einem regionalen Ge-

denktag am 26. Mai daran zu erinnern, daß auch Zwangsausgesiedelte Opfer des DDR-Regimes seien und eine Opferrente bekommen sollten. Die DDR hatte am 26. Mai 1952 mit einer Blitzaktion die Demarkationslinie für den kleinen Grenzverkehr geschlossen. Zugleich wurde damit begonnen, die Grenze zu befestigen, Sperrzonen zu errichten und mit der „Aktion Ungeziefer“ ausgewählte Personen aus Grenzorten zwangsumzusiedeln

## Enquete-Kommission vor 20 Jahren

(epd-st) Die Enquete-Kommission „Zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ wurde vor 20 Jahren im Bundestag eingerichtet. Dies sei ein Glücksfall gewesen, sagte der Vorsitzende der Bundesstiftung Aufarbeitung, Rainer Eppelmann, der Nachrichtenagentur epd. Die Arbeit der Kommission habe viel zum gesellschaftlichen Frieden in Ost und West beigetragen. Er erinnerte daran, daß die Impulse für die Gründung von ostdeutschen Bundestagsabgeordneten ausgingen. Eppelmann war damals Vorsitzender dieser Enquete-Kommission.

Bereits nach der Gründung der Stasi-Unterlagenbehörde hätten die Abgeordneten aus dem Osten erkannt, daß mit dem Stasi-Thema die DDR-Vergangenheit nicht abgedeckt sei. „Um Versöhnung

möglich zu machen, mußte die ganze Wahrheit über die DDR auf den Tisch.“ Es sei auch darum gegangen, die Strukturen des Systems offenzulegen und das Leben in ihm begreiflich zu machen. Trotz eigener schlechter DDR-Erfahrungen sei er von den Ausmaßen der Menschenverachtung im SED-Staat, die im Laufe der Arbeit ans Licht kamen, immer wieder überrascht worden.


Die Enquete-Kommission war in der Geschichte des Deutschen Bundestages die erste, die sich mit einem historischen Thema befaßte. Ihr folgte noch eine zweite, wiederum unter Leitung Rainer Eppelmanns, auf deren Empfehlung schließlich die Bundesstiftung Aufarbeitung aus Teilen des früheren SED-Vermögens als dauerhafte Einrichtung gegründet wurde.

## UOKG gesprächsbereit

(uokg) Aufgrund der Medienberichte, wonach der schwedische Möbelkonzern IKEA Möbel von politischen Gefangenen in der DDR herstellen ließ, hat der Dachverband der SED-Opfer dem Unternehmen in einem Schreiben das Gespräch angeboten. Der Vorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Rainer Wagner, sagte dazu: „Es ist schlimm, daß IKEA damals Zwangsarbeiter in den DDR-Gefängnissen als billige Arbeitskräfte benutzt hat. Um so mehr begrüßen wir das Verhalten der heutigen Konzernspitze, die dem Vernehmen nach an einer ernsthaften Aufarbeitung dieses Teils der Konzerngeschichte interessiert ist. IKEA nimmt damit eine Vorreiterrolle ein, denn es war bei weitem nicht das einzige westliche Unternehmen, für das DDR-Zwangsarbeiter geschuftet haben. Aber IKEA ist das erste, welches sich dieser Tatsache stellt. Deswegen haben wir das Unternehmen zu einem Dialog eingeladen.“ (siehe dazu auch S. 15)

## Umbau und Sanierung

(won) Im ehemaligen Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen wurde mehr als 22 Jahre nach dem Untergang der DDR Richtfest gefeiert. Anlaß waren Umbau und Sanierung der jetzigen Stasiopfer-Gedenkstätte. Im Hauptgebäude entstehen zwei Ausstellungshallen, in einstigen Garagen ein modernes Besucherzentrum mit Buchladen und Café sowie Veranstaltung- und Seminarräume.

Die Kosten für den ersten Bauabschnitt in Höhe von insgesamt 16 Millionen Euro tragen Bund und das Land Berlin zu gleichen Teilen. Da immer mehr Menschen für diesen Unterdrückungsort Interesse zeigten, solle das Angebot ausgeweitet und verbessert werden, sagte Direktor Hubertus Knabe. Das äußere historische Erscheinungsbild der Haftanstalt werde sich aber durch den Umbau nicht verändern. 

### Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30

## Berufliche Rehabilitation – Defizite bei Übersiedlern

Über die Problematik bei den Renten für ehemalige DDR-Übersiedler wurde an dieser Stelle bereits berichtet. Im folgenden soll ein zusätzlicher Gesichtspunkt beleuchtet werden, der nicht unmittelbar das Problem der Ausgliederung aus dem Rentensystem betrifft, gleichwohl aber eine nicht unerhebliche Zahl der ehemaligen DDR-Übersiedler – nämlich die Defizite beim Beruflichen Rehabilitierungsgesetz.

Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz hat bekanntermaßen viele Defizite. Sie sind hinreichend bekannt. Aufstiegsschäden – wer in seiner beruflichen Entwicklung gehindert war oder gar nicht erst seinen gewünschten Beruf aufnehmen konnte, wird nicht rehabilitiert. Beweisschwierigkeiten – wem das entscheidende Aktenstück fehlt, welches den Zusammenhang zwischen politischer Verfolgung und beruflichem Abstieg belegt, wird nicht rehabilitiert. Ausgleichsleistungen – das einzige, was einer Entschädigung nahe kommt. Allerdings erhält diese auch nur derjenige, der eine Verfolgungszeit von über drei Jahren vorweisen kann und dazu bereit ist, seine Einkommensverhältnisse regelmäßig vor dem Sozialamt auszubreiten. Verfolgte Schüler – für jene, bei denen in die Ausbildung eingegriffen wurde, ist die Rehabilitierungsbescheinigung letztlich ein wertloses Stück Papier. Dasselbe gilt für diejenigen, die schon in der DDR ein geringes Einkommen hatten. Auch sie erhalten de facto keinen materiellen Ausgleich für die erlittenen Eingriffe. Grund dafür ist, daß der Dreh- und Angelpunkt des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes nicht etwa

Entschädigung für das erlittene Unrecht oder wenigstens für durch Verfolgung verlorenes Einkommen ist, sondern der eher knauserige Nachteilsausgleich in der Rentenversicherung.

Abgesehen davon birgt diese Regelung in Bezug auf die DDR-Übersiedler ein weiteres Problem, das mit der Freiwilligen Zusatzrente (FZR) zu tun hat.

Diese wurde 1971 in der DDR eingeführt und war eine zusätzliche Versicherung auf freiwilliger Grundlage zur Ergänzung der gesetzlichen Altersrente. Sozialversicherung, deren Einkommen die Grenze für die Beitragspflicht zur Sozialversicherung von 600 Mark monatlich oder 7200 Mark im Kalenderjahr überstieg, konnten ihr beitreten. Die Bemessungsgrenze wurde auf 1200 Mark monatlich bzw. 14400 Mark jährlich festgelegt. Versicherte erhielten die FZR bei Eintritt ins Rentenalter. Sie betrug 2,5% des während der Zugehörigkeit zur FZR erzielten monatlichen Durchschnittseinkommens. Beim Tod eines Versicherten hatte der Hinterbliebene Ehepartner Anspruch auf eine Zusatzwitwenrente. Die FZR hat bei den Berechtigten zu einer deutlichen Erhöhung der Altersrente geführt und wurde dementsprechend gern in Anspruch genommen. Ende der 80er Jahre gehörten ca. 80% der beitragsberechtigten Arbeitnehmer der FZR an.

Für viele mag die FZR sinnvoll gewesen sein – nicht jedoch für diejenigen, die ihre Zukunft nicht in der DDR sahen. Denn selbstverständlich konnten sie ihre Ansprüche nicht mit in den Westen mitneh-

men. Was in die FZR eingezahlt wurde, war verloren. Dementsprechend gering war natürlich der Ansporn, Mitglied in der FZR zu werden. Diese Menschen haben jetzt das Nachsehen. Denn ihr Rentenausgleich nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz wird nun ausschließlich auf der Grundlage des Pflichtbetrags von 600 Mark berechnet. Der tatsächliche Ausgleich ist folglich gering. Hätten sie nur den Verlauf der Geschichte geahnt...

Die Beispiele der Übersiedler zeigen deutlich, wie unausgegoren das Berufliche Rehabilitierungsgesetz letztlich ist. Eine „angemessene Entschädigung“, wie im Einigungsvertrag gefordert, sieht anders aus.

Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz gehört grundlegend reformiert. Eine pauschale Entschädigung ohne Vorbedingungen wäre – ohne auf das bestehende System zu verzichten – denkbar.

Dies würde zumindest ein Problem beseitigen, das den gewollten Wiedergutmachungseffekt der SED-Unrechtsbereinigung immer wieder ins Gegenteil verkehrt. Die Antragsteller müßten sich nicht jedes Mal im dichten Paragraphendschungel verheddern. Sie müßten nicht immer wieder von neuem einen erbitterten Kampf gegen kaltherzige Behörden führen, der zuweilen fast schon zersetzenden Charakter hat. Dies stehen oft nur die Starken durch. Sie müßten nicht als Bittsteller dastehen, sondern erhielten eine echte Würdigung ihres Leidens.

Florian Kresse

## Ansprechpartner

Für psychosoziale Beratung ehemaliger politisch Verfolgter

### **Caritas Mecklenburg e.V.**

Psychosoziale Beratungsstelle,  
Benno Gierlich, August-Bebel-Str. 2,  
18055 Rostock,  
Tel. (03 81) 252 32 47, E-Mail  
benno.gierlich@caritas-mecklenburg.de

### **Rostocker Stadtmission**

Seelsorgerliche und psychosoziale  
Beratungsstelle, Regine Gürtler,  
Stampfmüllerstr. 41, 18057 Rostock,  
Tel. (03 81) 277 57, E-Mail psychbera-  
tung.fw@rostocker-stadtmission.de

### **Alter Pfarrhof Rambow**

Eckart Hübener, Kirchstr. 11, 17194  
Rambow, Tel. (03 99 53) 702 49, E-Mail  
huebener@pfarrhof-rambow.de

### **Stadtmission Zwickau e.V.**

Norbert Mai, Lothar-Streit-Str. 22, 08056  
Zwickau, Tel. (03 75) 27 17 10 E-Mail  
norbert.mai@stadtmission-zwickau

### **Bürgerkomitee**

**des Landes Thüringen e.V.**  
Beratungsstelle für Opfer politischer

Verfolgung in der SBZ/DDR, Matthias  
Morawski, Oberhofer Str. 6, 98544  
Zella-Mehlis, Tel. (036 82) 460-747  
oder (03 61) 561 71 25, E-Mail  
buergerkomiteethueringen@t-online.de

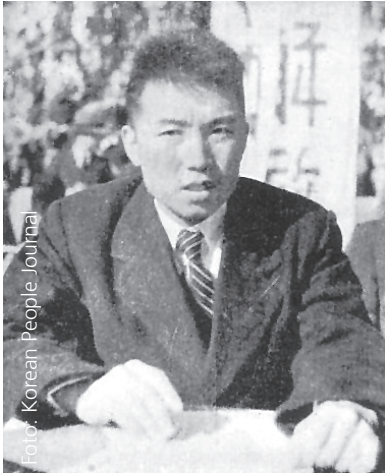
### **Caritasverband für**

### **das Bistum Magdeburg e.V.**

Beratungsstelle für Diktaturfolgen-  
beratung, Hans-Peter Schulze,  
Karl-Schmidt-Str. 5c, 39104 Magdeburg,  
Tel. (03 91) 520 94 02,  
E-Mail schulze@caritas-ikz-md.de

## „Der ewige Präsident“

In der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ war während der letzten Zeit das gesamte öffentliche Leben auf die Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Kim Il-sungs am 15. April ausgerichtet, der nach dem dortigen Götzenkult „Der Genius der



Kim Il-sung 1946.

Menschheit“ und „Der ewige Präsident“ Nord-Koreas ist. Noch heute haben alle Untertanen und ebenfalls sämtliche ausländischen Besucher sich voller Ehrfurcht vor seiner Statue zu verneigen. Über 800 Denkmäler sowie zahllose Museen sind ihm gewidmet, und bei aller Stromknappheit im „Paradies“ werden seine riesengroßen Portraits nachts mit Scheinwerfern angestrahlt...

Doch bis heute kennen die Nordkoreaner nicht die Wahrheit über ihren irdischen Gott. Zutreffend ist immerhin, daß er im Dorf Manjong geboren wurde, sein eigentlicher Name jedoch lautete Kim Sung-joo. Nun sind Decknamen im politischen Untergrund üblich (man denke an Lenin, Stalin, Molotow und auch Trotzki), aber in diesem Fall war es weitaus mehr: Er nahm nicht nur einen falschen Namen an, sondern auch die Identität einer anderen lebenden Person! Der wahre Kim

Il-sung nämlich war ein legendärer Held des koreanischen Widerstandes gegen die japanische Besatzung. Da aber im Untergrund kein Foto von ihm existierte und sein Tod 1921 unbekannt blieb, war es relativ einfach, mit seinem Nimbus viele Anhänger zu gewinnen.

Die Familie des falschen Kim Il-sung floh bald in die Mandschurei. Daß er dort Mitglied der KP Chinas wurde, behauptet eine frühere Selbst-Biographie, eine neuere hingegen streitet dies ab. Nach der Besetzung durch Japan rettete Kim sich in die Sowjetunion und lebte im sibirischen Dorf Watsukoye bei Chawarowsk am Amur-Fluß, wo auch sein Sohn Kim Jong-il geboren wurde.

Seine damaligen „heldenhaften Partisanenkämpfe“ am heiligen Berg Paektu (der Geburtsort Koreas) sind reine Propaganda. Unwahr ist ebenfalls die ständige Behauptung, Kim Il-sung habe „Korea von den Japanern befreit“: Er kam erst Mitte September 1945 in sowjetischer Majorsuniform in seine Heimat zurück, längst hatte Tokio vor den USA kapituliert. Kim war auch niemals der Gründer der kommunistischen Partei Koreas, wie es heute immer wieder heißt. Sie bildete sich bereits im April 1925 illegal in Seoul, wengleich sie von den Japanern weitgehend zerschlagen wurde (so hatte es die nordkoreanische Akademie der Wissenschaften

1961 noch erforscht). Im September 1945 entstand dann die „Koreanische Kommunistische Partei“, die sich im Sinne der kommunistischen Volksfront-Idee ein Jahr später in „Arbeiterpartei Koreas“ umbenannte. Kim selber blieb zunächst längere Zeit in der zweiten Reihe, nur mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht „verschwanden“ seine Rivalen, und so rückte er auf in die Führungsspitze.

Gänzlich verschwiegen wird im Norden Koreas auch seine größte Helden-(Un-)Tat, daß er nämlich im Frühsommer 1950 Stalin ein völlig falsches Bild über die „revolutionäre Lage“ im Süden Koreas vermittelte. Der sowjetische Diktator gab ihm dann seine Zustimmung zum Kriegsüberfall, der zu einem drei Jahre langen und sehr opferreichen Bürgerkrieg führte. Wohl kam es 1953 zu einem Waffenstill-



Personenkult um Kim Il-sung.

stand, doch auf die Wiedervereinigung und einen echten Frieden in ihrem Land müssen die Koreaner noch immer warten.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

### Kuba

## 18 Monate Haft wegen Slogan auf Pullover

(igfm) Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte berichtet, wurde Danny López de Moya, Mitglied der oppositionellen Organisation „Patriotische Union Kubas“ (UNPACU) am 20. April wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilt. Er war am 26. Februar 2012

verhaftet worden, weil er einen Pullover mit der Aufschrift „Es leben Boitel, Zapata, Wilman und die UNPACU“ getragen hatte. Boitel, Zapata und Wilman sind Dissidenten, die alle an den Folgen eines Hungerstreiks gestorben sind und nun symbolisch für die Demokratiebewegung auf Kuba sehen.

## „Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet 3 Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

# Gefährliche Bücher

Die Giftschränk-Literatur und das MfS

Von Bernd Lippmann

## Teil 2

Eines Tages stellte die Hauptabteilung XX in Ost-Berlin den Standort einer „illegalen Buchausleihe“ fest. „Ein Großteil der Bücher konnte konspirativ markiert werden.“ Der Stasi-Apparat begann seine „operative Arbeit“.



„Illegale Buchausleihe“ war in vielen Fällen Ausgangspunkt für Ermittlungsverfahren. Fälle wie Heinrich Blobner oder Baldur Haase in den 50er Jahren, Alfred Eberlein oder Mechthild Günther in den 70er Jahren bzw. Jörg Kürschner oder Eckart Hübner in den 80er Jahren sind dafür Beispiele. Entsprechende operative Vorgänge wie OV „Ara-rat“ (Halle), OV „Demagoge“ (Potsdam), OV „Idol“ (Halle), OPK „Literatur“ (Gera), OV „Punkt“ (Karl-Marx-Stadt), OV „Transport“ (HA XX) wurden angelegt, um die Literaturverbreitung in der DDR geheim-polizeilich und geheimdienstlich zu kontrollieren. [...]

In ihrer internen Ausbildungsstätte, der Hochschule des MfS in Potsdam, schrieben die Tschekisten Fachschularbeiten,

Diplomarbeiten, Forschungsarbeiten und Studienmaterialien, unter anderem auch zum Problemfeld Literatur. [...] In ihren Arbeiten, die den Anspruch von Wissenschaftlichkeit erhoben, die aber gleichwohl streng geheim waren, gingen die Autoren kaum auf konkrete Beispiele ein. Selbst innerhalb dieses geheimen Sektors flossen nachrichten- oder geheimdienstliche Details kaum ein. Eine Kenntnisnahme all dieser Arbeiten ist notwendig, eine Auswertung jedoch ohne Ertrag. Insbesondere Widerstandshandlungen, als welche die Weitergabe von gesperrter Literatur anzusehen sind, wurden kaum dokumentiert.

Einige Beispiele sollen die Vielzahl von Widerstandshandlungen gegen die SED illustrieren, die schlichtweg in einer Mißachtung des nichtausgesprochenen Literaturverbots bestanden.

Der Schauspieler Ulrich Mühe las im Deutschen Theater öffentlich aus Walter Jankas verbotenem Buch „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“. In der „Kommune Ost“ simulierte Frank Havemann, ein Sohn des bekannten Physikochemikers, eine Bücherverbrennung mit den Worten: „Hiermit überantworte ich dem Feuer die Schriften...“ Der Chemiker Joachim Oertel erhielt Zugang zum Giftschränk der Greifswalder Universitäts-Bibliothek, und er fotografierte Seite um Seite. Der in Stasi-Haft in Gera zu Tode gekommene Matthias Domaschk verwaltete ein Versteck von über hundert verbotenen Büchern. [...]

Zur höchsten Ebene der Literaturkontrolle, der strafrechtlichen Situation, kann vorab festgestellt werden:

Das Fehlen eines Index und damit eines nominellen Rechts hatte strafrechtlich keine Relevanz, der Begriff des Literaturverbots war ein rein maßnahmestaatlicher [...]. Weder die Inbesitznahme noch die Weitergabe von verbotener Literatur war strafbar.

Straftat war die subjektive Tatkomponente, nicht die objektive Tat. Man kann daher von Gesinnungsjustiz sprechen. Und zwar von Gesinnungsjustiz in der reinsten Form. Insbesondere am Beispiel der Literatur Solschenizyns stand die Frage: Ist die bloße Weitergabe strafbar? Gibt es einen beweisbaren Vorsatz aufzuwiegen? Der § 106 (Staatsfeindliche Hetze) ist so formuliert, daß er für alles und jedes anwendbar ist. [...]

Joachim Walther (Sicherungsbereich Literatur) merkte zu diesem Paragraphen an, er sei der berüchtigtste Gummiparagraph. Er zeichne sich insbesondere dadurch aus, daß in seinem Sinne jedermann schuldig sein könne. In den 80er Jahren wurde der § 106 ergänzt und in Teilen abgelöst durch den § 220 (Öffentliche Herabwürdigung).

Das folgende Zitat ist einem Urteil wegen der Verbreitung von Literatur entnommen, das im Juni des Jahres 1975, also kurz vor der KSZE-Schlußakte von Helsinki, formuliert wurde. Gegenstand waren u.a. Bücher von Ralph Giordano:

„Die anfangs vorhandenen Zweifel des Angeklagten an der Richtigkeit der Innenpolitik der DDR führten schließlich ... zu einer ablehnenden gegnerischen und feindlichen Haltung gegenüber der gesamten Innen- und Außenpolitik der DDR und der Innenpolitik aller sozialistischer Staaten.“

Aus dieser Einstellung heraus entschloß sich der Angeklagte schließlich ... aktiv feindlich zu werden unter Verwendung von literarischen Hetzschriften. Dabei ging es ihm darum, ebenfalls gegnerische Haltungen bzw. Einstellungen bei anderen Personen zu stimulieren oder zu verstärken ... Der Angeklagte wählte sich deshalb solche Personen aus, von denen er wußte, daß sie Teilbereiche der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR bzw. den Sozialismus überhaupt ablehnten und daß sie von ihrem Intelligenzgrad her in der Lage waren, den theoretischen Gehalt der Hetzschriften zu erfassen.

Beispiel: ‚Zwischen Nobelpreis und Irrenhaus‘ (Giordano): Diese Hetzschrift richtet sich vor allem gegen die Innenpolitik der Sowjetunion, insbesondere gegen ihre Politik gegenüber der Intelligenz.

Beispiel: ‚Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?‘ (Amalrik): In seinem Machwerk ... greift Amalrik von der Position eines Antikommunisten die Innenpolitik der Sowjetunion an, vor allem wendet er sich gegen die von der Sowjetunion praktizierte Politik gegenüber der Intelligenz und fordert, daß gerade diese die Führung des Staates übernehmen müsse.“

Um nochmals darauf hinzuweisen: auf der Ebene des Strafverfahrens, also wenn die Vorlagen des MfS durch Staatsanwaltschaft und Gericht verwendet wurden, um jemanden hinter Gitter zu bringen, kam es nicht primär auf die objektiv nachgewiesene Handlung an. Entscheidend war, was der Handelnde, also in der Sprache der SED der Täter, mit seiner Handlung bezweckt hatte. Wenn ein Verhafteter nicht einräumen wollte, gegen den Frieden aufgehetzt, die Funktionäre diskriminiert oder den

Endsieg des sozialistischen Weltsystems über den dem Untergang geweihten Imperialismus in Zweifel gezogen zu haben, kam die psychologische Folter zum Einsatz. Die Verhafteten wurden Tage, Wochen und Monate in fensterlose Zellen gesperrt. Licht gab es durch Leuchtstofflampen. Eine Art natürliches Licht kam durch Glasziegel, die anstelle der Fenster installiert wurden. Die Glasziegel waren versetzt angebracht, so daß mit einem Schieber ein Luftschlitz bedient werden konnte. Auf der Außenseite waren Gitter angebracht, so dass der Eindruck entstand, es handelte sich um vergitterte Fenster, wie man sie aus Gefängnisfilmen kennt. Diese Situation, die hier psychologische Folter genannt ist, läßt sich im übrigen heutzutage schwer vermitteln. Es scheint für die meisten Menschen nicht vorstellbar zu sein, daß eine physische Isolierung und eine psychische Isolation einen gesunden Menschen in den Selbstmord treiben können. Also: was ist in vielen Fällen passiert? Ein gesunder Mensch, vielleicht ein Sportler, wird in ein Geheimdienst-Gefängnis gesperrt. Er verläßt es mit körperlichen Schäden, die erst einer Behandlung unterzogen werden, nachdem er später in den Westen entlassen wurde. Er wurde nicht geschlagen oder sonstig auf derart primitive Weise mißhandelt. Dies lief, insbesondere in den 70er und 80er Jahren viel diffiziler ab. Irgendwann unterschrieben die meisten Häftlinge den unterstellten Unsinn. Sie hofften, in Strafhaft zu kommen. Und sie ahnten, daß ohnehin alles absurdes Theater war. Der entscheidende Punkt dürfte wohl gewesen sein, daß sich der Häftling als vollkommen unschuldig empfand. Im Gegensatz zu denjenigen, die flüchten wollten, auch nach den Gesetzen der DDR. Viele empfanden es als besonders perfide, daß ihre Peiniger im Hinblick auf ihre Motivation das Wort Antifaschismus ins Feld führten. Selbstverständlich betrachteten sie dies als zusätzliche Beleidigung, denn als Antifaschisten im Sinne von Anti-Nationalsozialisten begriffen sie sich selbst. Schließlich empfanden sie die Geschwister Scholl als ihr Vorbild. Insgesamt konnte man mit S. Lec, dem Altmeister des polnischen Aphorismus, sagen: Alle Menschen sind gleich - nach entsprechender Präparation. Und nach der Präparation in Form der Untersuchungshaft unterschrieben sie die absurden Vorlagen. Denn es war ohnehin egal. Die SED konnte ihren eigenen Mitläufern gegenüber das unterschriebene „Geständnis“ präsentieren.

Es soll noch einmal an die wesentlichen Informationen zum Giftschränk-System erinnert werden:

Eine Liste von Büchern für die Sperrbibliothek existierte nicht.

Die Sperrungen wurden in den Bibliotheken uneinheitlich praktiziert.

In der Staatsbibliothek Unter den Linden existierte 1948 die Kategorie SoM (Sondermagazin). Etwa 1957 erhielten gesperrte Bücher ein blaues Kreuz, später abgelöst durch ein „F“ vor der Signatur. Es gab auch die Bezeichnung SP oder SpB (Sperrbibliothek). Im Jahre 1961 wurde der Terminus „Sperrliteratur“ durch ASF (Abteilung für spezielle Forschungsliteratur) abgelöst. Verwendet wurden auch ein roter Kreis bzw. ein blaues Kreuz.

Jede der großen Bibliotheken dürfte ihren „Haus-Tschekisten“ gehabt haben, d.h. einen Stasi-Funktionär, der zur Überwachung abgestellt wurde. Im Falle der hier als Beispiel herausgehobenen Staatsbibliothek war es ein Hauptmann aus der Abteilung XX der Bezirksverwaltung Berlin, nämlich Werner Zöller.

Wissenschaftler konnten in Einzelfällen Zugang zur Sperrliteratur haben. Sie benötigten dazu eine „Bescheinigung über den Zugang zu bedingt ausleihbarer/sekretierter Literatur“. Derartige Probleme beschreibt und dokumentiert eindrucksvoll der ehemalige Funktionär und spätere Kritiker der SED, Hermann von Berg, am Beispiel der Zentralbibliothek der Gewerkschaften in Berlin.

Selbst das MfS konnte nicht ohne bürokratisches Tun die Sperrbereiche nutzen. Dies soll am Beispiel von „Kooperativnutzerbeziehungen“ der HA IX/11 gezeigt werden:

Oberst Kopf aus der Hauptabteilung IX ersucht die BV Leipzig im Dezember 1985 um eine Genehmigung zur Benutzung von Sperrbeständen der Deutschen Bücherei für die Mitarbeiter Skiba und Barth aus der HA IX/11.

Oberstleutnant Wallner, Leiter der Abt. XX der Bezirksverwaltung Leipzig antwortet bejahend und führt zusätzlich aus: „Über die normale Benutzungsordnung hinaus ist es den Genossen gestattet, bei entsprechendem Bedarf und operativer Notwendigkeit die be-

nötigte Literatur gegen Quittung aus der Sperrbibliothek für einen Kurzzeitraum auszuleihen.“

Bemerkenswert scheint, daß der Dienstweg nicht direkt zwischen der Berliner Zentrale und der Deutschen Bücherei verlief, sondern über den Umweg über die Leipziger Abteilung XX. [...]

Einen besonderen Stellenwert im System von Sperrliteratur ordnete man der sogenannten Lagerliteratur zu. Besonders Solschenizyn hatte es den Kultur-Tschekisten angetan. Im Dezember 1980 schrieb Oberstleutnant Gröger von der BV Leipzig an die ZAIG, also an die Zentrale in Berlin: „Wir senden Ihnen das Machwerk [Iwan Denissovitsch] zurück sowie als Anlage ein Gutachten eines überprüften und ausgewiesenen IM unserer Dienst Einheit.“ Gröger legte die Kopie eines Zeitungsartikels über die Veröffentlichung des „Denissovitsch“ in der Zeitung „Nowy Mir“ von 1962 bei. Es muß den Kämpfern an der unsichtbaren Front der Literatur wie ein Zeichen des beginnenden Unterganges erschienen sein, als 1989 „Nowy Mir“ mit dem Abdruck des „Archipel Gulag“ begann.

Wie viele Jahre Haft mögen wohl im Zusammenhang mit diesen Büchern ausgesprochen worden sein?

(Der Beitrag beruht auf einem Vortrag des Autors, gehalten am 26. September 2007 an der Universität Leipzig; gekürzt und leicht redaktionell bearbeitet.)



## Da lacht der Klassenfeind

„Die Genn. Ltn. G. appellierte nochmals an alle Anwesenden, den Zeitpunkt einzuhalten und sagte von sich selbst, daß sie 5.00 Uhr aufstehen wird, um pünktlich im Wahllokal zu sein... Die Genn. Mst. A. sagte, daß das Wahllokal von 7 Uhr bis 18 Uhr geöffnet habe, sie dann geht, wenn sie Zeit hat. Man solle froh sein, wenn sie überhaupt geht.“

IM-Bericht einer Hoheneck-Aufseherin über ihre Kolleginnen, XIV 459/78

## Nur ein Kollateralschaden?

Gespräch mit Bodo Platt, Sprecher der Zeitzeugeninitiative Ehemaliges KGB-Gefängnis Leistikowstraße

*Bodo Platt: 1930 in Görlitz geboren, dort im Mai 1948 verhaftet und verlegt in das Gefängnis Potsdam-Leistikowstraße; wegen angeblicher Spionage und Zugehörigkeit zu einer faschistischen Organisation zu 20 Jahren Arbeitslager verurteilt; November 1948 bis November 1949 Lager Sachsenhausen, dann Deportation nach Inta/Sowjetunion, Arbeit im Kohlebergbau, 1956 Entlassung; bis zur Pensionierung Realschuldirektor in der Bundesrepublik; verfaßte über die Zeit seiner Gefangenschaft die Erinnerungsschrift „Sobirai weschtschi! – Pack deine Sachen!“; seit 2005 Zeitzeugenarbeit*

**stacheldraht:** Die Zeitzeugeninitiative kritisiert das Ergebnis der dreijährigen Umgestaltung der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, die am 18. April in Potsdam neu eröffnet wurde. Haben Sie Ihre Einwände bereits während der Erarbeitung vorgebracht?



Pressekonferenz in der Villa Quandt. In der Mitte: Bodo Platt. Foto: Theo Mittrup

ganze Entwicklung miterlebt, vor allem die Erstellung der Ausstellungstexte durch die Leiterin, Frau Dr. Reich. Der Einspruch von Beiratsmitgliedern, auch von mir, hat zu insgesamt vier Textfassungen geführt. Aber wenn heute behauptet wird, es hätte mit den Zeitzeugen eine einvernehmliche Zusammenarbeit gegeben, ist das einfach unrichtig. Während des Interimsbetriebes durften nicht einmal mehr die Erinnerungsberichte von Zeitzeugen und die Dokumentation „Von Potsdam nach Workuta“ ausliegen. Wir haben so gut wie nichts ausrichten können.

**stacheldraht:** Was ist Ihrer Meinung nach in der Ausstellung falsch oder falsch gewichtet?

**Platt:** Es ergibt sich der Eindruck, daß die Texte aus einer historischen Sicht geschrieben wurden, die eher marxistischer Geschichtsauffassung entspricht. Es ist eine

Auswahl, auch an Dokumenten, die den KGB als ganz normale Spionageabwehr der sowjetischen Armee erscheinen läßt. Immer im Kontext der Verdienste dieser Armee beim Kampf gegen den Nationalsozialismus. So erscheint, was später in der SBZ passiert ist, die Massenverhaftungen und auch die Geschehnisse im Potsdamer KGB-Gefängnis, lediglich als Kollateralschaden. Der KGB als politische Geheimpolizei wird kaum dargestellt.

**stacheldraht:** Ist Ihres Erachtens nur die Darstellung falsch oder fehlen auch Themen?

**Platt:** Das hängt beides zusammen. Die Häftlingsschicksale und die schlimmen Zustände im Gefängnis sind nicht deutlich herausgearbeitet, der Jugendwiderstand damals und das Thema Gulag sind völlig ausgeklammert.

**stacheldraht:** Unterschätzen Sie nicht die Fähigkeit von Besuchern der Ausstellung, sich mit der Materie auseinanderzusetzen?

**Platt:** Ich denke nicht. Frau Dr. Reich hat nach unseren Interventionen ja durchaus, vor allem in den sogenannten begleitenden historischen Texten, Änderungen zum Positiven vorgenommen. Aber das alles ist so umfangreich, so überfrachtet. Da werden sich zum Beispiel jugendliche Besucher kaum zurechtfinden. Sie werden eher irritiert das Haus verlassen und sich fragen, was damals eigentlich geschehen ist. Waren das alles zu Recht verurteilte Spione oder sind es unschuldige Menschen gewesen, die unter barbarischen Verhältnissen zu irrsinnigen Strafen verurteilt und nach Rußland transportiert wurden?

**stacheldraht:** Wie beurteilen Sie die Präsentation des Gebäudes nach der Fertigstellung?

**Platt:** Auch das sehe ich kritisch. Man hat die Kellerfenster aufgebrochen, so daß die Dunkelzellen nicht mehr in ihrer ursprünglichen Wirkung wahrgenommen werden können. Einzelne Zellen sind völlig geschlossen, und vor allem ein ganz wichtiger Kellertrakt, die eine Seite des Kellers, auf der sich die schlimmsten Zellen dieses KGB-Gefängnisses zu unserer Zeit befanden, ist der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Als Argument wird genannt, daß ein zweiter Fluchtweg fehle, und die schlechte

Stabilität des Hauses einen Durchbruch nicht erlaube. Das ist einfach nicht überzeugend, es hätte sicher eine Möglichkeit gegeben.

**stacheldraht:** Bei der Eröffnung am 18. April gab es für die Kritiker Signale aus der Politik, die Anlaß zur Hoffnung geben.

**Platt:** Uns hat sehr positiv berührt, wie Ministerpräsident Platzeck und auch Kulturstaaatsminister Neumann zum Ausdruck gebracht haben, daß die Erfahrungen der Zeitzeugen stärker eingebracht werden müßten. Man könne diese Menschen nicht außen vor lassen. Beide waren auch bei unserer Pressekonferenz in der Villa Quandt zugegen. Dafür waren wir sehr dankbar. Ende Juni soll nun noch einmal eine gemeinsame Begehung im KGB-Gefängnis stattfinden, wo wir unsere Kritik dann auch erläutern werden.

**stacheldraht:** Frau Dr. Reich hat sich Medien gegenüber geäußert, ihr Ziel sei ein modernes zeithistorisches Museum gewesen, andere hätten eher ein Mahnmal gewünscht. Lehnen die Zeitzeugen wirklich eine wissenschaftliche Forschung ab?

**Platt:** Überhaupt nicht. Wir haben nichts gegen die Erforschung dieser Zeit. Nur fordern wir entschieden, daß die Verbrechen des KGB in der SBZ und später in der DDR, seine Menschenrechtsverletzungen und Pogrome in der Sowjetunion seit Bestehen der Tscheka nicht beschönigt und in diesem Kontext die Massenverhaftungen in der SBZ, die zehn Speziallager mit Zehntausenden willkürlich Verhafteter und Opfer nicht verschwiegen werden. Die Texte der Ausstellung geben z.B. die brutalen Verhörmethoden nicht wieder, sondern in mitunter fast idyllischen Szenen werden die Untersuchungsrichter als verständnisvolle Biedermänner dargestellt. Solche Texte haben mit der damaligen Realität überhaupt nichts zu tun. Das ist bewußte Täuschung und Verharmlosung. Wir wollen eine Gedenkstätte und kein den KGB verherrlichendes Museum. Eigentlich hatte ich diese acht Jahre meiner Gefangenschaft in mein Leben gut integriert und manches aus der Zeit sogar als wichtige Erfahrung nutzen können, z.B. das Kennenlernen der russischen Sprache und die Begegnung mit der klassischen russischen Literatur. Aber wenn man sich ständig mit Versuchen auseinandersetzen muß, die Vergangenheit zu verharmlosen, dann fordert das meinen Widerstand und Protest heraus.

**stacheldraht:** Vielen Dank, Herr Platt.

## Kinder – zwischengelagert

Besuch in einem ehemaligen Durchgangsheim

Ende Januar dieses Jahres trafen wir – vier ehemalige Insassen - uns zu einer Besichtigung des einstigen Durchgangsheimes Bad Freienwalde/Land Brandenburg. Begleitet wurden wir u.a. von Medienvertretern. Nach über 30 Jahren sahen wir das Gebäude wieder, in dem wir als Kinder so gelitten hatten.

Ins Durchgangsheim kam man in der DDR, wenn ein Heimplatz, den man belegen sollte, noch nicht zur Verfügung stand. Der Aufenthalt dort durfte eigentlich 18 Tage nicht überschreiten, aber sehr viele blieben mehrere Monate, ich z.B. habe sechs Monate dort verbracht. Die Kinder und Jugendlichen in diesem Heim waren zwischen vier und 18 Jahre alt. Nach der Einlieferung wurde jeder zunächst isoliert, drei Tage in einer Einzelzelle mit Bett und Eimer für die Notdurft. Der Tag begann mit einem Appell, der Stubenälteste mußte melden, wie die Nacht verlaufen war. Dann Frühstück, waschen, Frühstück. Bis zum Alter von 14 Jahren gab es Schulunterricht, wer älter war, mußte arbeiten. Der Unterricht verdiente seinen Namen nicht, ein bißchen Deutsch, Mathematik und Geographie, sonst vor allem Staatsbürgerkunde. Abends war die „Aktuelle Kamera“ Pflichtprogramm. Wer dann die Fragen des Erziehers nicht beantworten konnte, ging erstmal in Arrest. Gearbeitet wurde in einer Art Werkstatt auf dem Hof oder in den Zellen. Zu meiner Zeit mußten wir Lampenbuchsen zusammenschrauben. Man hatte immer Hunger, und weil es oft versalzene Schmalzstullen gab, auch Durst. Wie aus dem Geschlossenen Ju-



Blick aus dem ehemaligen Durchgangsheim auf das Gebäude des Amtsgerichts.

gendwerkhof Torgau schon bekannt, sind auch wir von Erziehern mit dem großen Schlüsselbund geschlagen worden. Es war wie im Knast. Recherchen haben ergeben, daß dieses Gebäude bis 1945 ein Amtsgerichtsgefängnis war. Danach wurde es bis 1968 als Kreisgerichtsgefängnis in unmittelbarer Nähe des Kreisgerichts genutzt. 1968 übergab die damalige Volkspolizei das Gebäude an die Jugendhilfe, die es dann ohne Umbauten, also weiterhin mit Gittern vor den Fenstern und im Gefängnischarakter, als Durchgangsheim bis zu dessen Schließung 1987 nutzte.

Fast täglich mußten wir Zwangssport im Treppenhaus oder auf dem Hof bis zur Erschöpfung machen, selbst bei eisigen Temperaturen. Fast alle, die ich von damals kenne, haben körperliche Schäden davongetragen, vor allem am Rücken. Schlimm war auch die Ungewißheit. Niemand bekam gesagt, wie lange er im Durchgangsheim bleiben mußte. Einmal im Monat konnte man theoretisch Post empfangen und einen Brief schreiben. Die Briefe wurden von den Aufsehern geöffnet und manchmal einfach einbehalten. Selbst durfte man nur Gutes schreiben, das wurde immer kontrolliert.

Mit diesen Erinnerungen näherten wir uns also dem Grundstück in Bad Freienwalde. Das Haus und die ehemalige Werkstatt standen noch da, beide neu verputzt. Das große Schleusentor am Eingang fehlte. Je weiter wir vordrangen, desto stiller wurden wir. Obwohl vieles nicht mehr so aussah wie damals, hatten alle einen Kloß im Hals. Einer von uns wunderte sich, wie klein alles sei. Natürlich, er war als Kind hergekommen und später gewachsen. Die Zellenwände hatte man inzwischen entfernt, aber an der Deckenwölbung konnte man noch ihre Größe erkennen. Auf dem Dachboden fanden wir alte Gegenstände aus der Zeit des Durchgangsheims. Eine Rolle Stacheldraht, eine Schultafel, Tablets, ein bißchen Geschirr und die Haken, an denen früher Wäschesäcke mit der privaten Kleidung der Kinder hingen – während des Aufenthalts trugen alle alte Sachen vom Heim.

Die Besichtigung war für uns nicht nur eine persönliche Aufarbeitung. Wir ehemaligen Insassen haben uns in dem



Bei der Besichtigung: Roland Herrmann(I.) und André Pahl haben noch eine alte Rolle Stacheldraht gefunden.

Verein „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ organisiert und wollen das frühere Durchgangsheim zu einem Anlaufpunkt und einer Gedenkstätte machen. Außerdem wollen wir für die Strafrechtliche Rehabilitation der ehemaligen Insassen des Durchgangsheims kämpfen. Unserer Meinung nach sind die Zustände, die damals dort herrschten, und die Be-, häufig auch Mißhandlung der Kinder und Jugendlichen mit den Verhältnissen im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau vergleichbar. Der Weg zur Rehabilitation ist jedoch schwierig. Nicht zuletzt, weil die Aktenlage sehr schlecht ist. Ich hatte noch Glück dabei. Weil ich sehr zeitig angefangen habe zu klagen, besitze ich eine Kopie meiner Jugendhilfeakte, deren Original inzwischen nicht mehr existiert. Weil soviel Zeit seit damals vergangen ist, konnten die Ämter viele Akten vernichten. Das wird uns aber nicht daran hindern, für unsere Rehabilitation zu kämpfen und systematisch die Öffentlichkeit aufzuklären über das, was im Durchgangsheim Bad Freienwalde passiert ist. Ein guter Weg dahin führt über die Schulen. Als Zeitzeugen können wir Kindern und Jugendlichen, die in einem Alter sind, wie wir damals, erklären, wie die DDR mit Disziplinierungseinrichtungen versucht hat, sozialistische Menschen zu erzwingen. Der Versuch ist gescheitert, doch an den Schäden leiden die Betroffenen bis heute.

Weitere Informationen sind auf unserer Homepage zu finden:  
<http://kindergefaengnisbadfreienwalde.ibk.me/>

Roland Herrmann

# Arbeitszwang in der DDR

Bundesweiter Aufarbeitungskongreß vom 11. bis 13. Mai 2012 in Erkner

(st) Der 16. Kongreß der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Bundesstiftung Aufarbeitung mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen thematisierte in diesem Jahr die „Disziplinierung durch Arbeit“.

Arbeitszwang und Zwangsarbeit betraf Erwachsene ebenso wie Kinder und Jugendliche. Da in der DDR die allgemeine Arbeitspflicht herrschte, so erläuterte die Münchner Historikerin Dr. Verena Zimmermann, galt, wer fortgesetzt nicht arbeitete, als „asozial“. Bei Jugendlichen traten kurzfristig FDJ-Kontrolleure u.ä. in Aktion, längerfristig erfolgte die „Umer-

ziehung“ in Sonderheimen, vor allem in Jugendwerkhöfen. Dort herrschte das von dem sowjetischen Pädagogen Makarenko übernommene Prinzip der Kollektiverziehung. Als wichtigstes Erziehungsmittel galt die Arbeit, um das Ziel einer „Rückführung in die Produktion“ zu erreichen. Dabei wollte man keinesfalls fähige Handwerker ausbilden, sondern Industriearbeiter. Das alles, so Zimmermann, habe letztlich aber nicht funktioniert.

Die beiden Zeitzeuginnen Kerstin Barutha und Brigitte Ragusch wurden mit 15 Jahren in Jugendwerkhöfe eingewiesen, wo sie Zwangsarbeit leisten mußten. 24 unentschuldigte Fehltage in der Schule waren bei Barutha der Grund für anderthalb Jahre Freiheitsentzug. Sie mußte als Näherin arbeiten, das sogenannte Lehrlingsgeld wurde für „Bezahlung des Aufenthalts im Jugendwerkhof“ kassiert. Die Jugendlichen saßen von 7 bis 16 Uhr an den Maschinen, bei Fehlern wurde stets die ganze Gruppe bestraft, die sich dann am einzelnen rächte. Ragusch arbeitete von montags bis sonnabends in einer Gärtnerei, ohne Ausbildung, ohne Bezahlung, sonntags wurde sie eingeschlossen. Später inhaftierte man sie „vorbeugend“, als in Ost-Berlin die Weltafrobspiele stattfanden. Einmal erhielt sie 60 Tage Arrest, obwohl laut Gesetz nur 21 Tage erlaubt waren. Sie hat schwere Gesundheitsschäden davongetragen.

Dr. Karin Schmidt, Juristin aus Rostock, nannte als Ziel der Zwangsarbeit den „ideologisch angepaßten Staatsbürger“. Die Strafe bei „Asozialität“ sei unbegrenzt gewesen, bis das „Erziehungsziel“ erreicht war. Als Gründe für die Zwangsarbeit führte sie an: 1. Unterdrückung, 2. volkswirtschaftliche Erfordernisse – Gefangene wurden „produziert“, wenn ökonomisch notwendig, und 3. Umerziehung. Der DDR-Strafvollzug einschließlich des Zwangs zur Arbeit sei nach sowjetischem Vorbild eingerichtet worden. Zeitzeuge Rainer Buchwald, der seit Jahren Material über das berüchtigte Arbeitslager Rüdersdorf sammelt, wurde mit 16 Jahren als „Zögling“ dorthin verbracht. Die Jugendlichen wußten weder warum, noch kannten sie das Strafmaß. Sie mußten schwerste Arbeit im „Objekt Rüdersdorf“ verrichten. Die Wächter waren mit Maschinenpistolen und Schäferhunden ausgestattet. Die Eltern wurden nicht informiert, sie erfuhren erst

vom Aufenthaltsort ihrer Kinder, als diese wieder entlassen worden waren. Eine öffentlich gezeigte Aufschrift auf dem Unterarm, die Reisefreiheit forderte, brachte ihm Jugendwerkhof mit Zwangsarbeit im Drei-Schicht-System ein. Wegen „Staatsverleumdung“ kam er in ein Arbeitslager in Ückermünde, später nach Neustrelitz, Bützow und Bautzen. Buchwald zitierte aus einem staatlichen DDR-Dokument die Bezeichnung „Erziehung minderjähriger Arbeitsscheuer“ und erklärte, daß es für sämtliche Rüdersdorfer Insassen bisher nur drei Rehabilitierungen gebe.

Eine Exkursion der Kongreßteilnehmer führte zunächst ins Kulturhaus Rüdersdorf, das sein DDR-Design, bis hin zur Wilhelm-Pieck-Büste im Vorraum, auf schauerliche Weise bewahrt hat. Im schroffen Gegensatz zu diesem Ambiente stand der dort präsentierte Film des Journalisten Peter Grimm: „aufsässig oder arbeitsscheu?“ – verurteilt als „asozial“ in der DDR. Nach § 249 des Strafgesetzbuches der DDR, dem sogenannten Asozialenparagrafen, konnten Personen bis zu zwei Jahren inhaftiert werden. Grimm hatte für seine Dokumentation drei ganz unterschiedliche Protagonisten ausgewählt, deren Schicksal deutlich die Unbestimmtheit dieses Gesetzes zeigte. Als Gummiparagraf diente er zur Inhaftierung politisch Mißliebiger ebenso wie zum Wegsperrern von Menschen mit sozialen Problemen, die der Hilfe bedürft hätten.

Im „Museumspark Rüdersorf“, der interessante technische Denkmäler vorzuweisen hat, jedoch keine Erinnerungstafel für die früher hier eingesetzten Zwangsarbeiter, wurde mit einer Kranzniederlegung der Opfer von Zwangsarbeit gedacht. Es sprachen Martin Herche, Generalsuperintendent des Sprengels Görlitz, André Schaller, Bürgermeister der Gemeinde Rüdersdorf, und Ulrike Poppe, Brandenburger Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen kommunistischen Unrechts. Anschließend Führungen im Museumspark erweiterten das technische und geologische Wissen der Teilnehmer zweifello, machten aber auch deutlich, daß hier an einer politischen Aufarbeitung der DDR-Zeit kein Interesse besteht.

In kurzen Berichten stellten die Verbände ihre Arbeit, Erfolge und Probleme vor und gingen sehr detailliert auf Mängel



Bücherstände und Erfahrungsaustausch am Rande des Kongresses.

## In eigener Sache

Von der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 7 auf 19 Prozent des Presseversands bei der Deutschen Post ist auch „der Stacheldraht“ betroffen. Jährlich müssen wir 4500 Euro zusätzliche Eigenmittel aufbringen. Mit Einsparungen allein ist dies nicht zu leisten. Deshalb bitten wir alle Leserinnen und Leser herzlich, unsere Zeitschrift zu unterstützen. Bitte spenden Sie großzügig, damit auch weiterhin die regelmäßige Information der ehemaligen Verfolgten, ihrer Angehörigen, politischer Entscheidungsträger und Interessierter gesichert ist.

Konto: BSV-Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01  
BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Vielen Dank!

Die Herausgeber/Die Redaktion

in den Rehabilitierungsgesetzen ein. Am häufigsten wurden kritisiert die Bedürftigkeitsprüfung bei der sogenannten Opferrente, die Ausgrenzung ganzer Opfergruppen dabei und nach wie vor die mangelhafte Anerkennung gesundheitlicher Haft- und Verfolgungsschäden.

Dies war auch Thema bei der abschließenden Podiumsdiskussion „gewürdigt oder ausgeblendet – zur rechtlichen Situation der Opfer der SED-Diktatur“. Der „Erkenntnisprozeß über das Schicksal der SED-Opfer ist bei weitem nicht abgeschlossen“, erklärte Andrea Voßhoff MdB. Nicht alle Betroffenen seien erfaßt worden. Dennoch habe der Gesetzgeber bei den bestehenden Gesetzen gut und richtig gehandelt. Rehabilitation bedeute auch, daß die Betroffenen anerkannt würden und der Staat sich zu ihnen bekenne. Prof. Dr. Jörg Frommer, Facharzt für Psychiatrie aus Magdeburg, beschrieb die unbefriedigende Situation bei der Begutachtung. Im Osten treffe man teilweise auf früher politisch verstrickte Gutachter, im Westen dafür auf ungläubige. Eine Rehabilitation wecke bei den Betroffenen Hoffnung, doch Fehlbegutachtungen führten dann zu neuer Un-

rechtserfahrung. Frommer forderte eine „gebündelte Gutachterkompetenz“ und kontinuierliche Schulung der Mitarbeiter von Versorgungsämtern. Burkhard Bley, Berater beim Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, wies auf die häufige Ablehnung von Rehabilitierungsanträgen bei ehemaligen Heimkindern hin. Die Rehabilitierungskammern würden dabei Argumente aus den Jugendhilfeakten heranziehen. Man müsse aber fragen, welche Lebenswirklichkeit hinter diesen Akten gesteckt habe. Denn häufig seien politisch Unangepaßte kriminalisiert worden. Voßhoff ging noch einmal auf die Forderung der Betroffenen und ihrer Verbände nach Beweislastumkehr in den Anerkennungsverfahren ein. Dafür werde es auf Bundesebene keine Mehrheit geben, sagte sie. Vielleicht seien aber einheitliche Begutachtungsstellen oder wenigstens einheitliche Kriterien möglich. Allerdings würden die Bundesländer keinen Konsens wünschen. Dr. Wolfgang Laßleben, Referent beim LStU Sachsen-Anhalts, berichtete von einer „Versorgungsmedizin-Verordnung“, auf die er gestoßen sei. In den versorgungsmedizinischen Grundsätzen dort



Generalsuperintendent Martin Herche spricht zu den Teilnehmern der Gedenkveranstaltung im Museumspark Rüdersdorf.

würden posttraumatische Belastungsstörungen nur im Zusammenhang mit Katastrophen u.ä. erwähnt, nicht aber Traumata auf Grund staatlicher Eingriffe. Prof. Frommer ergänzte, in diesen Grundsätzen sollten auf jeden Fall auch politische Traumata aufgeführt werden. Schlimmer jedoch wirke sich die mangelhafte Gutachterqualität aus, ebenso die ungeschulten Mitarbeiter von Versorgungsämtern. Die teilweise regelrecht zynischen Gutachten könne „sich unsere Gesellschaft nicht leisten“.

## Ich hatte einen Traum...

...unser Aufstand am 13. und 31. März 1950, unsere Leidenszeit von 1945 bis 1956 im Gelben Elend Bautzen, wird nicht vergessen!

Diesen Traum, diesen Wunsch, haben Dom-Pfarrer Burkhard Pilz und seine St. Petri-Gemeinde in Bautzen erfüllt. Seit 2011 feiern wir jährlich am 31.3. im St. Petri-Dom eine Gedenkandacht mit Glockengeläut zur Erinnerung an unseren Gefangenenaufstand gegen das DDR-Regime im März 1950.

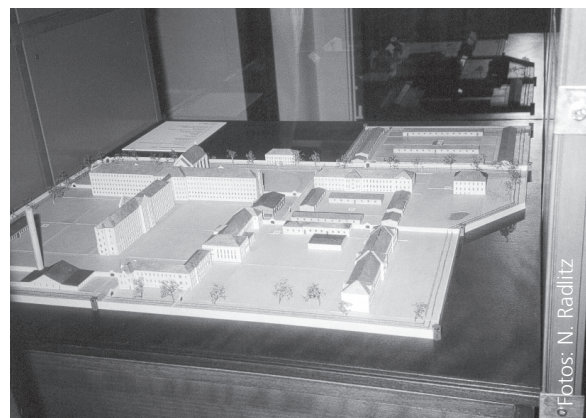
Auch in diesem Jahr hat uns die Ansprache von Pfarrer Pilz sehr beeindruckt. Die Bläsermusik und das Orgelspiel von Kantor Schmidt empfanden unsere Hilferufe von damals nach. Sie waren gewaltig. In der Stille mit dem Glockengeläut waren wir sehr ergriffen. Gänsehaut. - Stellvertretend für Jochen Stern las Silke Klewin, die Leiterin der Gedenkstätte Bautzen, Abschnitte aus der Dokumentation „Der vergessene Aufstand“ vor. Die Fürbitten, gesprochen von Oberbürgermeister Christian Schramm, Silke Klewin und dem Vorstandsmitglied des Bautzen-

Komitees, Richard Böttge, hoben unsere Zusammengehörigkeit hervor. Zum Abschluß der Andacht ließ Ulla Häßler eine Grußbotschaft des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel vor.

Am Vormittag besuchte ich mit Freunden die Justizvollzugsanstalt. Freundlicher Empfang. Durch den hellgelben Flur des neuen Torhauses gelangten wir ins Freie zum Haupteingang. Ein kurzer Blick auf das alte Torhaus – inzwischen baufällig, das Dach notdürftig repariert –, durch das wir nur einmal hineingegangen und auch nur einmal wieder herausgegangen sind. Auch die Besuche unserer Angehörigen fanden dort statt. Der Besuch der Anstaltskirche, die Treppe war unverändert, der Innenraum renoviert. Erinnerungen an manchen Gottesdienst und INRI-Festspiele (Kino). Auf der Empore die defekte Orgel, ein Blick über den Kirchenraum, das Gestühl. Gedanken an unseren Kirchenchor, an Walter Kempowski und Detlef Namacher.

Danach ging es über den Gefängnishof an den Ort, an dem das Haus 4 stand.

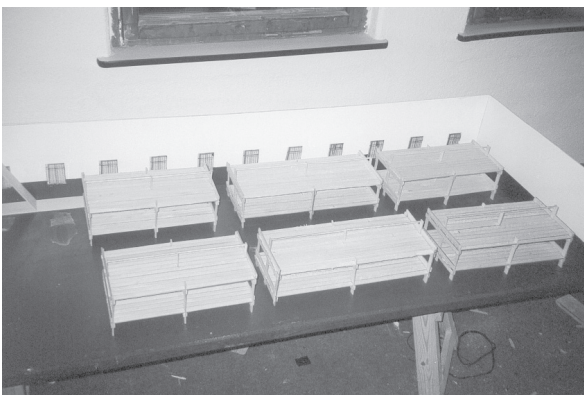
Ein Gedenkstein mit der Aufschrift: „Hier im Keller des Hauses IV, des ehemaligen Waschhauses, wurden vom 30.11.1945 bis 29.12.1946 2 Frauen und 71 Männer erschossen.“ Der Vater von Gudrun Sauer war einer der Erschossenen. Tränen. – Vorbei an den Häusern 3 und 2 gelangten wir in die Wäscherei, meinen letzten Arbeitsplatz im Speziallager 4. Moderne Maschinen, wo früher Dampfkessel und Waschröge standen. Das Krankenhaus, die kleine Leichenhalle,



Modell des „Gelben Elends“ in der Ausstellung der Gedenkstätte Bautzen.

das Kesselhaus gibt es nicht mehr. 1947 habe ich im Krankenhaus 13 unserer Leidensgefährten sterben sehen.

Bei dem Gang, entlang an den Zellentüren, bemerkte ich, daß auch die Gitter ausgetauscht worden waren. Unser Begleiter sagte: „Die alten Gitterstäbe hätte man mit einem Küchenmesser durchschneiden können.“ Auf dem Sandweg: weggeworfene Brötchen, halbvolle Fischkonservendosen. „Der Vollzug ist das Spiegelbild unserer Gesellschaft“, so unser Begleiter. Mir fiel Tucholsky ein: Es gibt zwei Arten von Menschen, die einen werfen die Bananenschale weg, die anderen heben sie auf.



Saalmodell, geschaffen von dem ehemaligen Bautzen-Häftling Horst Schirmer.

Ost 3, die Thälmann-Zelle. Meine erste Zelle in Bautzen. Am 13.12.1946 wurde ich dort mit weiteren 21 Gefangenen eingeliefert. Neben der Zellentür ein rotes Schild: „Historische Zelle“. Man hatte aus dieser Doppelzelle einen Wallfahrtsort gemacht, der auch heute noch gelegentlich von Schulklassen besucht wird. Ich bat den Justizbeamten um Prüfung, ob ein Schild mit dem Hinweis, daß während der sowjetischen Besatzungszeit in diesem Raum 22 Gefangene hausen mußten, angebracht werden könnte.

Den Anwesenden schilderte ich, wie die Zelle damals eingerichtet war. Eine Doppelpritsche, auf der 15 Personen liegen konnten. Die anderen mußten auf dem Betonboden schlafen. Matratzen oder Strohsäcke gab es damals nicht. Wir wechselten uns Nacht für Nacht mit der Liegestatt ab. In meiner Erinnerung sehe ich noch Karl-Heinz Berger auf dem Boden, an die Heizungsrohre gelehnt sitzen. Er steckte gerade einen Klecks Butter mit etwas Zucker aus der „Marschverpflegung“ in den Mund und bemerkte: „Sollte ich noch einmal rauskommen, esse ich nur noch Butter mit Zucker.“ Der große Vorteil in Bautzen, im Vergleich zu dem Gefängnis in Wei-

mar, war, daß jeder Gefangene eine Schüssel erhielt.

Die Tür des Stehkarzers, eine Folterkammer der Sowjets und der Volkspolizei, war leider nicht zu öffnen. Sie war mit einem Vorhängeschloß abgeschlossen. Der Schlüssel dazu fehlte. Ein Justizbeamter zeigte uns anschließend eine leere, renovierte Zelle. Hellgelb gestrichene Wände, ein abgeteilter Toilettenraum, Spül-Klo, fließendes Wasser, Fernsehapparat – „Hotel Gelbes Elend“. Auf dem Gang ein Fresco, ca. zwei mal drei Meter groß, „Meereswellen am Strand“. Die Arbeit eines Lebenslänglichen.

Nachdenklich verließen wir die JVA und fuhren zum Karnickelberg. In unserer Kapelle sind die Totentafeln angebracht worden. Eine große Bereicherung der Gedenkstätte. An dem Saalmodell im Ausstellungsraum erläuterte ich die Liegeordnung.

Am Abend, auf dem Weg in unser Hotel, hörten wir die Glocken des St. Petri-Domes. Es war genau 21 Uhr. Das tägliche Gefangenen- und Krankengeläut. – Damals haben sie auch für uns geläutet.

Harald Knauß

## Ihre Namen sind genannt

### Einweihung der Totentafeln auf dem Karnickelberg in Bautzen

Wie immer im Vorfeld des Bautzen-Forums fand auch in diesem Jahr, am 9. Mai, die Mitgliederversammlung des Bautzen-Komitees statt. Zuvor hatten Besucher die seltene Möglichkeit, das

„Gelbe Elend“ zu besichtigen und sich von ehemaligen Häftlingen ausführlich die damaligen Haftbedingungen erläutern zu lassen. Da in diesem Jahr keine Wahlen stattfanden, informierte der Vorsitzende Harald Möller die Anwesenden kurz über die Ereignisse des vergangenen Jahres und stellte dabei auch die neue Mitarbeiterin im Büro, Pia Zimmermann, vor. Sie hat die Nachfolge von Luise Stange angetreten und sich, wie er sagte, schon sehr gut eingearbeitet. Referent in diesem Jahr war der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Lutz Rathenow, der neue und interessante Informationen aus seinem Arbeitsbereich mitteilen konnte.

Am späten Nachmittag ging es dann in Bussen zur Gedenkkapelle auf den Karnickelberg. Hier sollten in einem ökumenischen Gottesdienst Tafeln mit den Namen der im Gefängnis verstorbenen Kameradinnen und Kameraden enthüllt

werden. Mindestens 3132 Menschen sind zwischen 1945 und 1956 als politische Häftlinge im „Gelben Elend“ von Bautzen gestorben, wobei Schätzungen ehemaliger Häftlinge von einer weit höheren Zahl ausgehen.

Ihre Namen aus der Anonymität einer nackten Zahl in das Bewußtsein zurückzubringen war das Ziel, wie der für die Aktion maßgeblich verantwortliche stellvertretende Vorsitzende Alexander Latotzky in seiner Rede sagte. Auf sieben großen Tafeln wurden daher alle bisher ermittelten Namen der verstorbenen Kameraden angebracht. Die achte Tafel ist leer. Sie steht für die vielen, noch immer unbekanntenen Toten, deren Namen vermutlich nie bekannt werden. „Wir wollen mit der Nennung ihres Namens damit beginnen, ihre oft vergessene Geschichte und damit auch die Geschichte dieses Ortes wieder zurück zu bringen.“ Weiterhin betonte Latotzky, daß das Bautzen-



Totentafeln in der Gedenkkapelle. Rechts die freigebliebene mit der Aufschrift: „und all die vielen anderen, noch immer namenlosen politischen Häftlinge, die im ‚Gelben Elend‘ starben.“

Komitee diese Ehrung ausschließlich aus eigenen Spenden und ohne finanzielle Mittel von öffentlichen Stellen durchgeführt hat. „Es gibt Aufgaben, für die es schon die Ehre gebietet, daß man sie nicht einfach an andere delegiert“, sagte er.

Die Tafeln wurden in der Gedenkkapelle zu beiden Seiten des Altars an der Wand angebracht. Die Namen der Verstorbenen

sind extra tief eingraviert und können dadurch von Besuchern z.B. mit Kohle oder Bleistift auf Papier abgerieben werden. So erhalten sie die Möglichkeit, sich bei einem Besuch der Kapelle eine kleine Erinnerung an den verstorbenen Angehörigen mit nach Hause zu nehmen. Die Enthüllung fand auch bei der Presse und dem MDR große Beachtung, die sehr ausführlich darüber berichteten.

Nach dem Gottesdienst legten Vertreter der Organisationen von Stadt, Land und Bund auf dem Gräberfeld Kränze am Hochkreuz nieder. Zuvor war dort von Pastor Probst ein weiterer Grabstein eingeweiht worden, den die Familie Pohl für den 1946 verstorbenen Vater und Großvater errichten ließ.

A.L.

## Minimalkonsens steht noch aus

### 23. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Welches Mosaik von Erinnerungen, Meinungen und Geschichten würde sich wohl ergeben, wenn man auf einer Deutschlandreise alle, die den eigenen Weg kreuzten, bitten würde, die DDR zu beschreiben? Was würden zum Beispiel die Älteren sagen, was die Jungen, welche Bilder würden die zeichnen, die in der DDR verfolgt und inhaftiert wurden, und welche jene, die die DDR nur vom Hörensagen kannten?

Das diesjährige Bautzen-Forum am 10. und 11. Mai blieb zwar wie gewohnt im Bautzener Brauhaus, stellte aber die Frage nach Legende und Wirklichkeit der DDR, um sie von Referenten und Referentinnen sowie Gästen, die ganz unterschiedliche biographische Hintergründe, Geburtsjahrgänge, Wohnorte und Berufe mitbrachten, diskutieren zu lassen. Unter dem mit Fragezeichen versehenen Titel „Ein ganz normaler Staat?“ wurde der Blick auf so verschiedene Aspekte wie die nachträgliche Verharmlosung des Ministeriums für Staatssicherheit als „normaler Geheimdienst“, das Mißverhältnis zwischen Realität und politischer Propaganda der DDR-Wirtschaft und das Bildungssystem der DDR gerichtet.

Schon zu Beginn des Forums wurde im Grußwort von Sigmar Gabriel, Vorsitzender der SPD, deutlich, daß die Auseinandersetzung mit Legenden und Verharmlosung in Bezug auf die DDR vor allem auch in Hinblick auf diejenigen wichtig ist, die sie selbst nicht erlebt haben. Darauf ging auch Professor Thomas Großbölting, Historiker an der Universität Münster, in seinem Eröffnungsvortrag ein. Für die Anwesenden sei sicher klar, daß die DDR eben kein ganz normaler Staat gewesen sei – doch wie könne diese für uns rhetorische Frage für andere, die keine Berührungspunkte mit der DDR hatten oder haben, spannend gemacht werden? Die

wissenschaftliche Aufarbeitung sei nur ein erster Schritt in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der DDR, in der noch kein von allen geteilter Minimalkonsens gefunden sei. Einerseits müsse klar sein, daß die DDR eine Diktatur mit permanenten Menschenrechtsverletzungen gewesen sei. Andererseits, so Großbölting, sollten ein differenziertes Bild der DDR und ein lebendiger Umgang mit der Vergangenheit das Ziel sein. Er berichtete eindrücklich von Studierenden in einem seiner Seminare, die voller Interesse und emotionaler Beteiligung der Frage nachgingen, ob die FDJ denn nun eine „rote Hitlerjugend“ gewesen sei oder nicht.

Dieses Beispiel für einen lebendigen, persönlichen Umgang mit der DDR-Geschichte in einer Generation, die die DDR selbst nicht mehr kennt, wurde im Laufe des Forums durch viele weitere Berichte aus Theorie und Praxis ergänzt. Auch die Zeitzeugen und Zeitzeuginnen sowie die Referenten und Referentinnen der abschließenden Podiumsdiskussion diskutierten angeregt über Möglichkeiten, Grenzen und Empfehlungen für die Vermittlung der DDR-Geschichte an die nächste Generation. Leider war den Schülern und Schülerinnen im Publikum nicht zu entlocken, was sie sich für den Geschichtsunterricht wünschten.

Empfehlungen der Referenten und Referentinnen waren unter anderem, Geschichtsvermittlung möglichst umfassend und vielschichtig zu gestalten, diejenigen, die noch nichts über die DDR wissen, bei den wissenschaftlichen Debatten nicht aus den Augen zu verlieren, oder auch, Geschichte über eigene Erfahrungen zu vermitteln – so wie es zum Beispiel im Schulmuseum bei Elke Urban und in Projekten von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. geschieht. Noch weitreichender waren Wünsche nach Verände-

rungen der Lehrpläne und der Bereitstellung von mehr Mitteln für die Geschichtsvermittlung.

So hatte sich am Ende des 23. Bautzen-Forums einerseits ein Mosaik an Themen und Meinungen zum Thema der Rückschau auf die DDR zusammengesetzt, andererseits das Gefühl, daß viele der Anwesenden aktiv und engagiert einer Verharmlosung der DDR entgegenwirken – an so verschiedenen Orten wie Universität und Schule, in ihren Familien, in den Medien und in der Politik.

Maya Böhm



Ehemaliges Gefängnis Bautzen II: Blick durch die Treppe im Zellentrakt.

# Weit ist der Weg nach Waldheim

## Unser Treffen in Calw/Nordschwarzwald

Von Coburg, wo ich wohne, mit der Bahn nach Waldheim in Sachsen zu fahren, wäre leichter gewesen, ich hätte nur in Lichtenfels und Leipzig umsteigen müssen. Die Fahrt nach Calw, dem Geburtsort des Schriftstellers Hermann Hesse (1877-1962), ist, bei fünfmaligem Umsteigen und über fünf Stunden Fahrzeit, viel umständlicher. In Calw aber wohnt seit Jahrzehnten Benno Prieß, geboren 1928 in Bützow/Mecklenburg, der die Waldheimer Treffen organisiert. Und auch die Teilnehmer sind, bis auf wenige Ausnahmen wie Wolfgang Kockrow und ich, in der Umgebung ansässig. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß sie alle weit über 80 Jahre alt sind und lange Bahnfahrten nach Sachsen, wo früher die Treffen stattfanden, nicht mehr auf sich nehmen wollen.

Es ist nämlich eine besondere Gruppe von Häftlingen, die ich da in Calw antraf: Es sind SMT-Verurteilte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in der Sowjetischen Besatzungszone, die 1949 in DDR umbenannt wurde, Tausende von Jugendlichen, alle um die 16, 17, 18 Jahre alt, verhaftet und vor Sowjetische Militärtribunale (SMT) gestellt. Dort wurden sie für Verbrechen, die sie nie begangen hatten, nämlich als „Werwölfe“ gegen die Rote Armee gekämpft zu haben, zu hohen Freiheitsstrafen von 10, 15, 20 Jahren verurteilt und in „Speziallager“ verbracht wie Bautzen, Buchenwald oder Sachsenhausen. Das waren ehemalige Konzentrationslager aus

der NS-Zeit, die von der Sowjetischen Militärverwaltung einfach übernommen und für ihre Zwecke weitergeführt wurden. Als die Speziallager 1950 aufgelöst wurden, kamen die verurteilten Jugendlichen in DDR-Zuchthäuser wie Bautzen und Waldheim. Neun Jahre nach dem Krieg, 1954, als in der Bundesrepublik Deutschland das Wirtschaftswunder in voller Blüte stand, wurden sie entlassen und flohen fast ausnahmslos nach West-Berlin. Ein Drittel der als „Werwölfe“ festgenommenen Jugendlichen ist während der entbehrungsreichen Lagerhaft verstorben.

Als ich bei leichtem Regen am Freitagabend, dem 4. Mai, auf der Nikolausbrücke die Nagold überquerte, stieß ich auf Hermann Hesse, der lebensgroß und in Bronze gegossen vor mir auf der Brücke stand und den ich fast nach dem Weg gefragt hätte. Vermutlich hat er, der seit 1916 in Montagnola in der italienischen Schweiz lebte, nie etwas von Waldheim erfahren, anders als sein Zeitgenosse Thomas Mann, der 1951 in einem „Brief an Walter Ulbricht“ (Druckfassung sechs Seiten) gegen die Waldheimer Geheimprozesse protestiert hat.

Das Hotel lag am Hermann-Hesse-Platz hinter der Brücke, und am nächsten Morgen, ich bin Frühaufsteher seit Waldheimer Zeiten, unternahm ich noch vor dem Frühstück einen Rundgang durch die von Fachwerkbauten übersäte Innenstadt, wo gerade unter Geschrei und Gelächter der samstägliche Wochenmarkt aufgebaut wurde. An Hermann Hesses Geburtshaus vorbei ging ich zum Hermann-Hesse-Museum, das am Wochenende leider geschlossen war, obwohl am 9. August des 50. Todestags des Dichters zu gedenken ist. Später kaufte ich mir in der Buchhandlung Osiander die frühe Erzählung „Unterm Rad“ (1906), die ich in meinen Vorträgen über DDR-Literatur immer mit Jurek Beckers Roman „Schlaflose Tage“ (1978) vergleiche.

Die Stadt Calw ist 1075 das erste Mal urkundlich erwähnt, in der Stadtgeschichte kann man nachlesen, daß im Sommer 1941 die 17jährige Erna Brehm wegen ihres Liebesverhältnisses zu einem polnischen Zwangsarbeiter auf dem Calwer Marktplatz wegen „Rassenschande“ öffentlich kahlgeschoren wurde und danach acht Monate in Calw und Stuttgart im Gefängnis saß, bevor sie 1942 ins Frau-

enkonzentrationlager Ravensbrück bei Berlin überführt wurde. Von dort wurde sie im April 1944 als „lagerunfähig“ nach Calw entlassen und starb im August 1951 im Alter von 27 Jahren an den Folgen der Lagerhaft.

Daß man „lagerunfähig“ war, das war für die Sowjetische Besatzungsmacht in Mitteldeutschland damals kein Grund, todkranke Häftlinge zu entlassen. Die hohe Zahl der Verstorbenen läßt das deutlich erkennen. Dem Zuhörer schwirrte der Kopf, wenn er den in Calw versammelten Überlebenden jener Nachkriegsjahre zuhörte. Die Namen prominenter Mitgefangener, die mir durch ihre Bücher bekannt waren, wurden genannt: Margret Bechler (1914-2002), die, zum Tode verurteilt, in Waldheim auf ihre Exekution wartete, dann aber bei den Waldheimer Prozessen zu lebenslanger Haft „begnadigt“ und 1956 entlassen wurde. In ihrem Buch „Warten auf Antwort“ (1978) hat sie ihr Schicksal beschrieben. Stella Isaacson, die als Jüdin vor 1945 die Versteckte untergetauchter Juden an die Gestapo verraten hat und deshalb nach 1945 verhaftet wurde. Schließlich Walter Kempowski (1929-2007), der 1948 in Rostock als „amerikanischer Spion“ verhaftet und 1956 entlassen wurde. Über seine Bautzener Jahre veröffentlichte er 1969 das Buch „Im Block“.

Aus meiner Zeit in Waldheim 1962/64 war nur Wolfgang Kockrow gekommen, der aber ein besonders schlimmes Schicksal zu tragen hatte. Aus West-Berlin in den Ostsektor gelockt, wurde er zu dreieinhalb Jahren verurteilt und bekam zum Haftende noch einmal zwei Jahre zudiktirt wegen „Zellenhetze“, bis er im Sommer 1964 entlassen wurde. Der wahre Grund für die verlängerte Haft, wie er in Calw mit einem MfS-Brief, der klare Anweisungen enthielt, nachweisen konnte: Er wußte zu viel über die Untergrundarbeit der DDR-Staatssicherheit in West-Berlin. Man benötigte, so wörtlich in diesem Brief, noch zwei Jahre, um die konspirativen Spuren zu verwischen!

Nichts ist vergessen und nichts wird verschwiegen über unsere Haftjahre, wir sind die letzten Zeugen einer blutigen Diktatur, nur kaum jemand will das heute noch hören.

Jörg Bernhard Bilke

*Wer Vermögen hortet, stört den Lebensrhythmus durch Unterbrechung des Geldumlaufs. Dazu hat er kein Recht.*

Sascha Guitry

Ein bißchen sparen ist schon in Ordnung. Und den Rest zur Herstellung des „Stacheldrahts“...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,-Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

**17. Juni****Gedenken in Berlin**

Am **17. Juni 2012, 9.00 Uhr**, Gedenkfeier der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) mit Kranzniederlegung am Gedenkstein am Steinplatz (Hardenbergstraße)

**10.00 Uhr** Kranzniederlegung vor dem Bundesfinanzministerium (Leipziger Straße) des Regierenden Bürgermeisters von Berlin; anschließend 11.00 Uhr auf dem Friedhof Seestraße Gedenkveranstaltung von Bundesregierung und Senat

**Gedenken in Leipzig**

Gedenkfeier für die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 am **17. Juni 2012, 17.00 Uhr**, es spricht Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen.

Ort: Straße des 17. Juni 2, 04107 Leipzig  
Veranstaltung des Bürgerkomitees Leipzig e.V. und der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS).

**Zwangsarbeit**

(uokg) Die Firma IKEA ist als Nutznießer von Zwangsarbeit politischer Häftlinge in den DDR-Gefängnissen bekanntgeworden. Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) geht davon aus, daß dies nur die Spitze des Eisberges ist. Mehr oder weniger waren alle Firmen, die DDR-Häftlinge für sich arbeiten ließen, Profiteure dieses Zwangssystems. Die damaligen DDR-Betriebe sind über die Treuhand verkauft worden und sind heute teilweise im Besitz großer Konzerne.

Deshalb sind:

1. westliche Firmen, die die Zwangsarbeit billigend in Kauf nahmen
2. Nachfolgeunternehmen
3. die Bundesrepublik über das Finanzministerium und die Treuhand in der Verantwortung.

Schon in den 80er Jahren hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) die Öffentlichkeit darüber informiert. Seit dieser Zeit also konnten auch westliche Firmen wissen, wer für sie arbeiten mußte.

Die UOKG bittet alle ehemaligen politischen Häftlinge, die in DDR-Gefängnissen Zwangsarbeit verrichtet haben, um

Informationen über DDR-Betriebe und West-Firmen, für die sie gearbeitet haben, sowie über Produkte, Ort und Zeitraum.

Hinweise bitte schriftlich an: UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

**Neuer Vorstand**

(AG) Am 3. Mai 2012 hat der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen einen neuen Vorstand gewählt:

1. Vorsitzende – Anita Goßler
2. Vorsitzende – Edda Schönherz  
Schriftführerin  
(kommissarisch) – Rosel Werl
1. Beisitzerin – Anne Klar
2. Beisitzerin – Konstanze Helber

Eine weitere Beisitzerin sowie die Schriftführerin werden auf der nächsten Mitgliederversammlung gewählt.

**Vormerken**

(HGH) Die Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz wird am Sonnabend, dem **8. September 2012**, der Toten des Sowjetischen Speziallagers Nr. 6 gedenken; 11.00 Uhr Gottesdienst in Lieberose, 14.00 Uhr Waldfriedhof Jamlitz.

**Der Opfer von Zwangsaussiedlung gedacht**

(ndr) In Hötensleben, dem ehemaligen Grenzort in der Nähe von Helmstedt, ist am 26. Mai der Opfer des Ausbaus der innerdeutschen Grenze gedacht worden. Vor 60 Jahren hatte das DDR-Regime mit

Zwangsumsiedlungen und Sperranlagen begonnen.

Mit einer Kranzniederlegung erinnerte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff an die DDR-Verordnung, die am 26. Mai 1952 ausgegeben wurde. Das Regime betitelte die Maßnahme damals als „Aktion Ungeziefer“. Dabei wurden unter anderem mehr als 8000, den DDR-Behörden politisch verdächtig scheinende Bewohner aus grenznahen Dörfern ins Landesinnere zwangsumgesiedelt. Gleichzeitig wurde mit der Errichtung von Zäunen und Wachtürmen begonnen.

Durch diese Geschehnisse seien Lebensentwürfe zunichte gemacht und zwischenmenschliche Beziehungen zerstört worden, sagte Haseloff. Das Grenzdenkmal in Hötensleben mit den rekonstruierten Sperranlagen wie Mauer, Wachturm und Zäunen bezeichnete er als „Apothek gegen die Nostalgie“.

Der Vorsitzende des Grenzdenkmalvereins, Achim Walther, forderte, den 26. Mai zum nationalen Gedenktag zu machen. Dieser Tag sei der Anfang der deutschen Teilung gewesen und nicht der Tag des Mauerbaus am 13. August 1961. Darum solle am Jahrestag der Zwangsaussiedlungen jährlich eine Gedenkveranstaltung in Hötensleben stattfinden.

**Bürgerberatung**

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:  
(030) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

**Wichtige Termine**

(GS) Anlässlich zweier wichtiger Veranstaltungen in Potsdam wirkt die Fördergemeinschaft Recht und Eigentum (FRE) in Zusammenarbeit mit der Aktionsgemeinschaft (ARE) bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer fortwirkenden Folgen mit:

Am Freitag, dem **15. Juni 2012**, wird im Landtag Brandenburg das zentrale Gutachten des Jenaer Rechtswissenschaftlers Prof. Bayer zu den fehlgeschlagenen Umwandlungen von DDR-LPG und der dramatischen Folgen bis heute im Rahmen der Brandenburger Enquete-

Kommission behandelt. Die Sitzung ist öffentlich.

Am **27. Juni** soll im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte am Kutschstall in Potsdam ein hochrangig besetztes Seminar zum Thema „Aufbau Ost – eine kritische Zwischenbilanz – neuer Handlungsbedarf“ stattfinden.

Zu beiden Veranstaltungen bitte wegen des großen Interesses anmelden unter: ARE, Hofstr. 5, 16845 Pläntz, Tel. (03 39 70) 518 7-4 oder -6, Fax -5, E-Mail borken@are.org

## Als der Kalte Krieg am kältesten war

Spannend und manchmal sogar ein bißchen gruselig handelt die Geschichte dieses Dokumentarromans davon, wie Geheimdienste sich feindlich gegenüberstehen und dabei gnadenlos Menschen instrumentalisieren. Der westdeutsche Bundesnachrichtendienst und die KgU – Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – auf der einen Seite, der Staatssicherheitsdienst der DDR, der wiederum vom sowjetischen Geheimdienst KGB beeinflusst und gelenkt wird, auf der anderen Seite.

1952 ließen sich drei Jugendliche aus der DDR-Provinz, teils aus Abenteuerlust und teils aus Frustration über den Arbeiter- und Bauernstaat, mit einem westdeutschen Geheimdienst ein. Es schmeichelte ihnen, daß sie ernstgenommen wurden, und schick war es auch, daß man ab und an nach West-Berlin fahren konnte, um West-Zigaretten zu rauchen und West-Bier zu trinken, vielleicht noch ins Kino zu gehen. Für eine „Auslagererstattung“

.....  
 Raimund August: *Als der Kalte Krieg am kältesten war. Dokumentarischer Roman*, Engelsdorfer Verlag 2010, 480 S., 18,- €  
 .....

erklärten sie sich bereit, Adressen zu sammeln, einen geheimen Militärflugplatz auszuspähen, PKW-Kennzeichen zu notieren. Die Jugendlichen machten sich keine Gedanken über die Gefahr, in die sie sich begaben. Der westdeutsche Kontaktmann hatte ihnen zwar erklärt, daß sie im Falle einer Verhaftung auf sich allein gestellt sein würden, aber wen interessierte das wirklich im jugendlichen Überschwang? Irgendwann wollten sie ja sowieso abhauen. Dazu sollte es allerdings nicht mehr kommen.

Einer aus der Gruppe bekam kalte Füße, meldete sich bei der Staatssicherheit und verriet die Freunde. Der westdeutsche Kontaktmann wurde in den Osten entführt, wozu man ihm Betäubungstropfen, auch als K.o.-Tropfen bezeichnet, verabreichte – eine gängige Methode der Staatssicherheit. Die Jugendlichen landeten für viele Jahre im Gefängnis.

Die Knastatmosphäre wird bedrückend geschildert: schimmelige Löcher ohne Tageslicht, der schrofte und beleidigende Ton der Schließer, mangelnde Hygiene, schlechtes Essen, die entwürdigende Be-

handlung durch die Vernehmer, die angeblich schon „alles wissen“. Kontakte zu Mithäftlingen waren nur durch Klopfzeichen möglich. – Es war die Zeit, in der schon ein in der Kneipe erzählter politischer Witz Gefängnis bedeuten konnte, unter Verlust von Hab und Gut. Für einen Westdeutschen unbegreiflich, daß ein Witz zehn Jahre einbringen konnte, mit Einzelhaft und Dunkelhaft auf unbestimmte Zeit, Zellen-Einschluß mit einem Spitzel, Drohungen mit einer „Reise nach Sibirien“ und daß man auch „anders“ könne.

Der dokumentarische Roman – der Autor hat die Geschehnisse zu 90 Prozent selbst erlebt, wie er schreibt – zeigt eine bedrückende Welt auf, in der es lebenswichtig war, Freund von Feind zu unterscheiden. Die angstbelastete Atmosphäre ist richtig spürbar, die Handlung ausgesprochen spannend. Das Buch ist allen idealistischen Widerständlern gewidmet, die in den Zuchthäusern und Arbeitslagern der einstigen DDR unter oft menschenunwürdigen Bedingungen vegetierten.

Sybillie Krägel

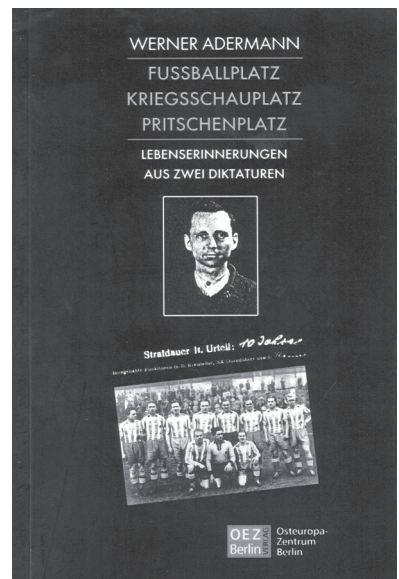
## Vom Fußballplatz zum Pritschenplatz

(VT) „Ich habe nie Tagebuch geschrieben. Und als ich einmal im Leben den Gedanken hatte, festzuhalten, was ich im Lager erlitt, wurde es mir durch Gewaltanwendung verboten. Später fehlte mir Zeit und Kraft. Sehr viel später, als ich die Klippen meines Lebensweges in der Tat überwunden hatte – allerdings erst, nachdem die Weltpolitik völlig unerwartet 1989/90 ihren Anteil dazu beigetragen hatte –, wurde ich dann von mehreren Seiten gedrängt, mich als Zeitzeuge nicht zu versagen. Meine Aufzeichnungen sind weder ein Tagebuch, noch ein Tatsachenbericht, sondern ein unter zwei deutschen Diktaturen erlebtes und erlittenes Schicksal, in

Episoden festgehalten.“ So charakterisiert der Autor selbst dieses Buch in der Einleitung.

Werner Adermann, geboren 1922 in Berlin, absolvierte eine Ausbildung als Landvermessungstechniker und war ein begeisterter Spieler in der Fußball-Amateurliga in Berlin bis 1941. Er zog unfreiwillig als Soldat der Deutschen Wehrmacht im Herbst 1941 nach Osten. Im Juli 1945 kam er aus amerikanischer Gefangenschaft in seine Heimatstadt zurück. Als politischer Sympathisant der SPD und sogenannter „antisowjetischer Spion“ wurde er 1946 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt und zunächst in das sowjetische „Speziallager Sachsenhausen“ gebracht. Nach einer mehrmonatigen Inhaftierung im Zuchthaus Luckau mußte er weitere Jahre in Bautzen I, dem „Gelben Elend“, verbringen. Nach der Entlassung 1956

siedelte er sofort nach Westdeutschland über. Er ist am 6. März dieses Jahres gestorben.



### Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonabends, am 23. und 30. Juni sowie am 7. und 14. Juli, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

.....  
 Werner Adermann: *Fußballplatz – Kriegsschauplatz – Pritschenplatz. Lebenserinnerungen aus zwei Diktaturen*, OEZ Berlin-Berlag 2012, 235 S., 19,90 €; bis zum 31.8.2012 für Leser des „Stacheldrahts“ 20 Prozent Rabatt und portofreie Zustellung bei Bestellung über: OEZ Berlin-Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16  
 .....

## Veranstaltungen

19.6. (Di), 18.00 Uhr:

**„Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren“.** Ein Jahrhundertdiktat. Erwin Jöris. Buchpräsentation, Lesung u. Gespräch mit Autor Dr. Andreas Petersen, Einführung v. Ernest Wichner, Literaturhaus Berlin; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

20.6. (Mi), 18.00-21.00 Uhr:

**Stasi am Ball – DDR-Fußball und Staats-sicherheit.** Veranstaltung d. BStU; Ort: Bildungszentrum d. BStU, Zimmerstr. 90, 10117 Berlin

20.6. (Mi), 18.15 Uhr:

**Das Verhältnis von SED und MfS im Bezirk Karl-Marx-Stadt.** Kolloquium mit Referent Gunter Gerick M.A., Historiker, Chemnitz; Veranstaltung d. BStU, Abteilung Bildung u. Forschung; Ort: BStU, Bibliothek (Eingang Haus 31), Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

21.6. (Do), 19.00 Uhr:

**MfS-Abwehr contra BND-Militärspionage.** Strategien, Methoden und Alltag deutsch-deutscher Geheimdienstkonfrontation im Kalten Krieg. Ref. Dr. Armin Wagner, Bundespräsidialamt, Zeithistoriker; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u.a.; Ort: Technische Universität „Altes Heizhaus“, Straße der Nationen 62, 09111 Chemnitz

23.6. (Sa), 18.00-24.00 Uhr:

**„Bisher hatten wir keine Beziehungen, jetzt werden wir schlechte haben“.** Der Grundlagenvertrag und seine Folgen für die Haft in Bautzen. Zeitzeugenführungen und Dokumentarfilme; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

26.6. (Di), 19.00 Uhr:

**Ein ganz normaler Feind.** Buchvorstellung mit Autor Dr. Peter Wulkau, Dozent f. Erwachsenenbildung; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

27.6. (Mi), 16.00 Uhr:

**Führung und Film im Stasi-Archiv.** 16.00 Uhr Archivführung, 17.00 Uhr: Filmvorführung „Fünf Patronenhülsen“. DEFA-Film v. Frank Beyer, DDR 1959/60; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera

27.6. (Mi), 19.00 Uhr:

**Die Frauen von Hoheneck: „Es ist nicht vorbei!“** Filmvorführung und Gespräch mit Filmproduzent Dietmar Klein und ehemaligen Gefangenen; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u.a.; Ort: Technische Universität „Altes Heizhaus“, Straße der Nationen 62, 09111 Chemnitz

## Das Jahrhundert der Lager

(VT) Utopie, Weltrevolution, politischer Widerstand, Zuchthäuser, Lager, Vernichtungskrieg, Enttäuschungen – ein extremes Leben in einem extremen Jahrhundert: Erwin Jöris. Was blieb vom politischen Widerstand, von den Hoffnungen und Ideen der großen Umbrüche des 20. Jahrhunderts? Was erinnert ein Arbeiter aus Berlin-Lichtenberg vom Zeitalter der Extreme? Wie spiegelt sich große Geschichte im Leben eines einzelnen?

Der im Oktober 2012 100jährige Erwin Jöris wurde als Sohn eines spartakistischen Schlossers in Berlin-Lichtenberg geboren. Als charismatischer KPD-Jugendführer prügelte er sich durch die Straßenschlachten der untergehenden Republik, tauchte 1933 in die Illegalität ab und fand sich in Sonnenburg, einem der frühesten deutschen KZs, zusammen mit der linken Politprominenz seiner Zeit wieder.

Im Moskauer Hotel Lux traf er die Größen der kommunistischen Internationale und erlebte ihren Untergang. Er schufte in der Zeit der sowjetischen Aufbau-Euphorie im Uralmasch, einem gigantischen Schwerindustriekombinat hinterm Ural und lebte dort mit russischen Arbeitern. 1937 wurde er in Swerdlowsk Zeuge des Großen Terrors. 1938 verschleppte ihn der NKWD in die berühmte Lubjanka. Von dort wurde er nach einem Jahr an die deutsche Gestapo ausgeliefert.

1941 bekam er als Soldat eines Sanitätszuges der deutschen Wehrmacht den Marschbefehl Richtung Osten. Im Endkampf um Berlin geriet er in sowjetische Kriegsgefangenschaft und kam im Nach-

kriegsjahr in ein Waldarbeiterlager vor Moskau. Zurück im zerstörten Lichtenberg befragten ihn seine alten KPD-Kameraden nach der Sowjetunion des Großen Terrors, während sie zeitgleich die zweite deutsche Diktatur installierten. 1951 verhafteten ihn die NKWD-Häsher erneut. Das Fernurteil: 25 Jahre Workuta, das berühmte Bergwerklager im ewigen Eis. Fünf Jahre überlebte er im GULag, in einer Arbeitsbrigade zusammen mit einem seiner nationalsozialistischen KZ-Bewacher. Zurück in Ost-Berlin, floh er 1956 in den Westen. Als Zeitzeuge, Idealist und politischer Akteur schildert ein Hundertjähriger sein Jahrhundert der Lager.

Der Historiker Andreas Petersen hat das Leben von Erwin Jöris in die Zeit eingebettet, seine Aussagen in vielen Archiven von Berlin, Moskau bis Swerdlowsk gegenrecherchiert, Weggefährten interviewt und den Stoff mit der neueren Forschungsliteratur gegengelesen. Entstanden ist ein Jahrhundertdiktat, in dem sich das Schicksal einer prägenden Zeit in unerwarteten Facetten eröffnet.

Andreas Petersen



**Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren**  
Ein Jahrhundertdiktat. Erwin Jöris

marixverlag

.....  
*Andreas Petersen: Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren. Ein Jahrhundertdiktat. Erwin Jöris. Marix Verlag 2012 (erscheint Mitte Juni 2012), 520 S., 24,90 €*  
.....

## Religion statt Ideologie?

(VT) Das Verhältnis zu den Kirchen in der ehemaligen DDR wurde bestimmt von der marxistisch-leninistischen Ideologie, die vom Absterben der Religion überzeugt ist: Christsein und das neue, sozialistische Menschenbild paßten nicht zusammen. So mußten häufig junge Christen Nachteile bei ihrem Bildungsweg in Kauf nehmen. An den Universitäten waren sie einem besonderen ideologischen Druck ausgesetzt. Christliche Studentinnen und Studenten fanden oft in den Katholischen und Evangelischen Studentengemeinden ihr Zuhause. Automatisch sammelte sich ein Potential, das mit dem gesellschaftlichen System nicht konform lief und das auch die Kirchen herausforderte. Der SED

waren die Studentengemeinden ständig ein Dorn im Auge.

Dieser Band ist die schriftliche Fassung der dritten „Belter Dialoge“. Er widmet sich dem christlichen Widerstand an den ostdeutschen Universitäten. Welche Herausforderungen hatten der einzelne und die Studentengemeinde zu bestehen? Was heißt es heute, an einer Universität Christ zu sein?

.....  
*Joachim Klose (Hg.): Religion statt Ideologie? Christliche Studentengemeinden in der DDR, Belter Dialoge Bd. 3, Leipziger Universitätsverlag 2012, 140 S., 19,- €*  
.....

## Im Netz gefangen

(VT) Sechs Menschen, sechs Schicksale. Jeder von ihnen geriet ins Visier der Staatssicherheit – und damit ins Spinnennetz des perfiden Geheimdienstes der DDR.

Ein Student, der aus Versehen im Zug einschliefl und daher zu nahe an die Grenze fuhr, war dem MfS derart verdächtig, daß er erst im Beruf gemobbt wurde, dann in U-Haft kam, anschließend in der Psychi-

atrie landete und schließlich durch staatliche Anordnung regelmäßig ein Medikament gespritzt bekam, welches ihn in einen jahrelangen Dämmerzustand versetzte und schließlich unauflällig zu seinem Tod hätte führen können.

Eine junge Mutter trennte sich von ihrem gewalttätigen Mann, der offensichtlich inoffiziell für die Stasi arbeitete. Daraufhin wurde ihr vom ostdeutschen Jugendamt ein

Kind nach dem anderen weggenommen. Das dritte und jüngste Kind wurde gar mit Hilfe des Kinderarztes aus der Praxis entführt. Später wurde sie gezwungen, es zur Adoption freizugeben.

Eine junge Frau sah zufällig das verbotene Wolf-Biermann-Konzert bei einer Freundin in deren mit Wanzen ausge-

statteten Berliner Studentenwohnung, woraufhin sie zum ersten Mal das Regime kritisch hinterfragte und sich weigerte, bei einer Abstimmungskampagne gegen Biermann zu stimmen. Von diesem Augenblick an wurde ihre berufliche Karriere subtil-systematisch zerstört, und die Zersetzungsmaßnahmen des MfS ließen all ihre Bemühungen, glücklich zu werden, ins Leere laufen.

Ein Mädchen wurde im Westen geboren und vom Jugendamt der DDR in den Osten geholt, angeblich, um es zu seiner Mutter zu bringen, doch in Wahrheit wurde es wie seine Geschwister von einem ostdeutschen Kinderheim ins nächste gesteckt und als „Klassenfeind aus dem kapitalistischen Westen“ abgestempelt, eingesperrt, geschlagen, erniedrigt, ohne Pausenbrot in die Schule und ohne Abendessen ins Bett geschickt.

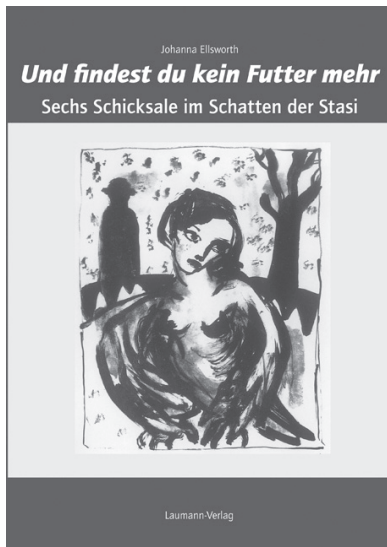
Ein junger Mann aus dem Westen zog aus, um seiner Jugendliebe bei der Flucht aus dem Osten zu helfen. Doch die Staatssicherheit der DDR kannte längst jeden seiner Schritte und verhaftete ihn, verhörte ihn und sperrte ihn ein Jahr lang ein. Seine Zivilcourage mußte er mit Folter und lebenslangen Schmerzen bezahlen.

Und eine Familie wurde in einer Nacht- und-Nebel-Aktion der Staatsorgane aus ihrem Zuhause gerissen, enteignet und in eine Bruchbude weit entfernt von der Heimat zwangsumgesiedelt.

Sechs erschütternde Schicksale, die keine Einzelfälle sind, sondern die für unzählige Lebenswege von Menschen der ehemaligen DDR stehen, die das Pech hatten, in das menschenverachtende Getriebe zu geraten, das mit deutscher Gründlichkeit im Dienst der Diktatur funktionierte.

schinerie des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und des ungarischen Geheimdienstes.

Mit beeindruckender Sprache schildert die Autorin Vernichtetwerden, Abscheu und dennoch ungebrochenen Willen. Eva-Maria Poster wurde 1947 in einer sächsischen Kleinstadt geboren. Nach ihrem Studium der Rechtswissenschaften verhinderte das SED-Regime die Einsetzung ins Richteramt, setzte sie permanenter Verfolgung aus und erteilte ihr Berufsver-



Johanna Ellsworth (in Zusammenarbeit mit sechs Co-Autoren): *Und findest du kein Futter mehr. Sechs Schicksale im Schatten der Stasi*, Laumann-Verlag 2012, 264 S., 19,80 €

## Mein Leben so tot

(VT) „Wenn das geltende Recht bereits Unrecht impliziert, wird es keine Gerechtigkeit geben“, ist das Resümee der Protagonistin Lena, einer jungen Richterin. Ihr jahrelanger Versuch, dem unmenschlichen Antlitz der zweiten deutschen Diktatur einen Hauch Menschlichkeit zu verleihen, brachte sie selbst an den Rand der Vernichtung. Über sieben Jahre widersetzte sie sich der grenzenlosen Verfolgungsvielfalt des Systems. Die letzten 80 Lebenstage sind eine Schilderung der Unmenschlichkeiten der Zersetzungsma-

## Veranstaltungen

28.6. (Do), 14.00-19.30 Uhr:

**Besuchertag.** Führungen, Beratung zur Akteneinsicht, Ausstellungen. 14.30 und 16.30 Uhr: Archivführungen; 18.00 Uhr: „Die finsternen Jahre der Familie D.“ – Die Geschichte eines Ausreiseantrages. Lesung und Gespräch mit Autor Klaus Auerswald; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

28.6. (Do), 19.00 Uhr:

**Blindes Schreiben. Die Texte der Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS.** Vortrag aus der Reihe „Forschung aktuell – Ergebnisse aus Stasi-Akten“, Ref. Bettina Block, wiss. Mitarbeiterin am Institut f. Germanistik d. Martin-Luther-Universität Halle; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

4.7. (Mi), 18.00 Uhr:

**Der Tjulpanov-Bericht.** Wie die Sowjets in Ostdeutschland die Diktatur errichteten. Buchvorstellung mit Dr. Jörg Morré, Direktor d. Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst u. Diskussion mit Dr. Gerhard Wettig, Historiker u. Osteuropa-Experte; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

5.7. (Do), 19.00 Uhr:

**„Freiheit für Dr. Linse!“** Stasi-Entführungen im geteilten Berlin. Aus der Reihe „Streng geheim“ – Marienfelde und die Nachrichtendienste. Vortrag v. Susanne Muhle u. Podiumsgespräch mit Dr. Karl Wilhelm Fricke, Dr. Klaus Bästlein u. Gerd Sommerlatte (angefr.); Veranstaltung d. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde u.a.; Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

5.7. (Do), 19.00 Uhr:

**EXIT. Reise ohne Wiederkehr?** Ausstellungseröffnung und Zeitzeugengespräch mit Sibylle und Reinhard Weidner; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig und Archiv Bürgerbewegung Leipzig; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

10.7. (Di), 19.00 Uhr:

**„Zwangsauassiedlungen – Zeitzeugenberichte“.** Kuno Karls, Mecklenburger Heimatforscher, zeigt seinen Dokumentarfilm, Moderation Helmut Ebel; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin



14.7. (Sa), 18.00-01.00 Uhr:

**Dresdner Museumsnacht.** 19.00 Uhr: „Erziehung hinter Gittern. Schicksale in Heimen und Jugendwerkhöfen der DDR“. Lesung mit Autorin Nicole Glocke und Diskussion zur Jugendhilfe in der DDR mit Ralf Weber, Zeitzeuge, Dr. Christian Sachse, Politikwissenschaftler u. Theologe; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

## Ausstellungen

### „Ziel: Umerziehung“

Ausstellung zur Geschichte repressiver Heimerziehung in der DDR der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau. Zu sehen vom 1. bis 27. Juli in der BStU Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

### „Ermittlungen der Staatssicherheit zu Katastrophen in Halle und Umgebung“

Bis 28.9. in der BStU Außenstelle Halle, Blücherstr. 2, 06122 Halle, Mo, Mi, Do 8-17 Uhr, Di 8-18 Uhr, Fr 8-14 Uhr

### „Die Mauer – eine Grenze durch Deutschland“

Ausstellung der Bundesstiftung Aufarbeitung sowie der Zeitungen Bild und Die Welt; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt; zu sehen bis 9.7. im Verwaltungsgericht Minden, Königswall 8, 32423 Minden

### „Der gefährliche Schmied“ – Die Auseinandersetzung zwischen Friedensbewegung und DDR-Staat

Sonderausstellung des Martin-Luther-King-Zentrums für Gewaltfreiheit und Zivilcourage Wer dau; zu sehen in der Dokumentations- und Gedenkstätte des BStU in der ehemaligen Stasi-U-Haft Rostock, Zugang über Augustenstr./Grüner Weg, 18055 Rostock, Di-Fr 10-18 Uhr, Sa 10-17 Uhr (Mo, So, an Feiertagen geschlossen)

### „Die heile Welt der Diktatur?“

Herrschaft und Alltag in der DDR  
Ausstellung der Bundesstiftung Aufarbeitung und des Magazins „stern“ in der Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen; bis Jahresende zu sehen Mo-Do 10-16 Uhr, Fr 10-20 Uhr, Wochenende u. feiertags 10-18 Uhr

bot. 1977 wurde sie des Landes erwiesen, lebte kurz in der Schweiz und seit 1978 in Enningen/Baden-Württemberg.

.....  
Eva-Maria Poster: *Mein Leben so tot*, Verlag Oertel u. Spörer 2011, 80 S., 15,90 €  
.....

## Im Widerspruch

(VT) Aufgewachsen in einem „Privilegium der Liebe“ will der Greizer Lyriker Günter Ullmann (1946-2009) zunächst kein poli-



tischer Mensch sein. Doch die DDR macht ihn dazu. Seine Malerei wird als „dekadent“ abgewiesen. Als Dichter gerät er in die Fänge der Staatssicherheit, sein Freund Ibrahim Böhme bespitzelt und verrät ihn. Er wird in den Verfolgungswahn getrieben und in Psychatrien eingewiesen.

Bis 1989 entstehen vierzehn Buchmanuskripte für die Schublade. Wortmächtig und sensibel brennen seine Gedichte sich wie grelle Blitze ins Gedächtnis ein. Vor seinem Lebenshintergrund überraschen ganz besonders die humorvoll hellen Kindergedichte.

Die deutsche Einheit erlebt er kritisch, vor allem aber als Befreiung.

2009 stirbt Günter Ullmann mit 62 Jahren letztlich an den Spätfolgen der durchlittenen Zeit.

Wegbegleiter und Freunde wie Reiner Kunze, Lutz Rathenow, Gerd Sonntag und Arnold Vaatz schildern ihre Erinnerungen an diese Ausnahmepersönlichkeit, die zitierten Gedichte Ullmanns sind erschütternde Zeitzeugnisse eines begabten Poeten.

.....  
Udo Scheer: *Die Sonne hat vier Ecken*. Günter Ullmann – eine Biographie. Mitteldeutscher Verlag 2012, 240 S., 14,95 €  
.....

## Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben

Hans Hintz am 2. Juni, Margrit Schulze am 3. Juni, Rudolf Zenker am 5. Juni, Ursula Geipel am 6. Juni, Ralf-Rainer Felden am 10. Juni, Joachim Jacob, Roland Weise am 12. Juni, Horst Engelbrecht am 14. Juni, Horst Verworner am 16. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Anna-Liese Pahl, Helmut Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
Mo-Fr, 14-16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH),  
Do 11-16 Uhr  
Tel. (030) 57 79 87 39  
E-Mail kuzia@uokg.de

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Tel. (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik  
Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

**Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben**

Gudrun Bär, Hans Becker, Uwe Bensch, Hans-Jürgen Bestehorn, Klaus Buchin, Dr. Hans Dentler, Dr. Manuela Eickenroth, Jürgen Eifler, Gertraud Engelskircher, Eduard Finger, Klaus Fischer, Alexander Grow, Prof. Dr. Werner Gumpel, Karl Gutzmann, Klaus Habenicht, Johanna Hanncke, Wolfgang Heilmann, Dieter Henning, Annelies Heyde, Wolfgang Hirth, Günter Hölzer, IG Internierungslager, Prof. Dr. Siegfried Jenkner, Manfred Langkath, Eduard Lindhammer, Joachim Maschke, Helmut Morche, Dr. Torsten Müller, Günter Paul Müller-Hellwig, Günter Prescher, Eike Christine Radewahn, Ursula Reinhardt, Ilse Richter, Bernd Dieter Salamon, Jürgen Salden, Ingrid Schnalke, Kurt Siehl, Jürgen Stahf, Dr. Heinz Steudel, Uwe Storzjohann, Reiner Wetzig, Ruth Wilms, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

**Das Zitat**

Nostalgie ist die Fähigkeit, darüber zu trauern, daß es nicht mehr so ist, wie es früher nie gewesen war.

Manfred Rommel

**Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg**

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
E-Mail: bsvbb@yahoo.de  
Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

**BSV-Förderverein für Beratungen**

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 01

**Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.(UOKG)**


Bundesvorsitzender: Rainer Wagner  
Verbändeoordination: Carola Schulze, Florian Kresse, Katrin Behr  
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40  
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,  
Tel. (030) 55 77 93 51  
Ruschestr. 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: Info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt  
\*13017#000#0412\*

**Impressum DER STACHELDRAHT**

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG  AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com  
Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 1. Juni 2012

